



Nr. 287 | 14.07.2023

Ukraine-Analysen

- Zivilgesellschaft
- Lokale Selbstverwaltung und Resilienz

■ VON DER REDAKTION	
Sommerpause – und eine Ankündigung	2
■ ANALYSE	
Die neuen Facetten der ukrainischen Zivilgesellschaft Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)	3
■ STATISTIK	
Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft	8
■ ANALYSE	
Der Beitrag lokaler Selbstverwaltungsbehörden zur demokratischen Resilienz der Ukraine Von Oleksandra Keudel (Kyiv School of Economics), Oksana Huss (Universität Bologna)	11
■ CHRONIK	
19. April – 03. Mai 2023	18

Sommerpause – und eine Ankündigung

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Ausgabe der Ukraine-Analysen vor der Sommerpause beschäftigt sich mit der erstaunlichen Resilienz, die die Zivilgesellschaft, aber auch die lokalen Behörden in der Ukraine, bewiesen haben. Beide leisteten und leisten weiter einen enorm wichtigen Beitrag für den erfolgreichen Widerstand gegen die großangelegte russische Invasion, die inzwischen seit mehr als 500 Tagen andauert.

Während Susann Worschech die »neuen Facetten« der ukrainischen Zivilgesellschaft analysiert, zeigen Oksana Huss und Oleksandra Keudel auf Grundlage einer Befragung von 241 Gemeinden, wie deren Tätigkeit seit dem großangelegten Angriffskrieg zu einer »demokratischen Resilienz« beitragen. Beide Analysen gehen dabei auf Entwicklungen zurück, die mit der »Revolution der Würde« ihren Anfang nahmen: einer zunehmend aktiven Zivilgesellschaft sowie der Dezentralisierungsreform, was sich nun in Zeiten des Krieges als äußerst positiv und hilfreich erweist.

Nach der Sommerpause gehen die Ukraine-Analysen unter anderem auf die Themen Medien und Krieg, Wahrnehmung des Krieges im »globalen Süden« und Auswirkungen des Krieges auf den Agrarsektor ein.



Außerdem noch eine Ankündigung für eine neue Publikation: Ab September erscheint sechsmal pro Jahr der englischsprachige *Ukrainian Analytical Digest* (UAD). Der UAD wird herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (FSO), dem Center for Eastern European Studies (CEES) an der Universität Zürich und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO).

Der UAD analysiert die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in der Ukraine im Kontext der internationalen und sicherheitspolitischen Dimension der Entwicklung des Landes. Dabei werden zum Teil Inhalte aus den deutschsprachigen Ukraine-Analysen einem internationalen Publikum zugänglich gemacht, zum anderen aber auch originäre Beiträge eigens für den UAD publiziert, die nicht in den Ukraine-Analysen erscheinen.

Die Redakteure des UAD, Eduard Klein und Heiko Pleines (beide FSO), werden unterstützt von einem Editorial Board bestehend aus zehn international renommierten Ukraine-Expert:innen sowie von Layouter Matthias Neumann. Der *Ukrainian Analytical Digest* ist ab September frei zugänglich unter <https://css.ethz.ch/publikationen/uad.html> und kann unter folgendem Link auch als E-Mail-Newsletter abonniert werden: <https://css.ethz.ch/publikationen/uad/newsletter-service-uad.html>.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Dr. Eduard Klein, Dr. Fabian Burkhardt, Matthias Neumann

Die neuen Facetten der ukrainischen Zivilgesellschaft

Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)

DOI: 10.31205/UA.287.01

Zusammenfassung

Die ukrainische Zivilgesellschaft hat sich durch den Krieg stark verändert – quantitativ und qualitativ. Aktiver als je zuvor engagieren sich Ukrainer:innen ehrenamtlich in humanitärer Hilfe, Kunst und Kultur; aber auch im Widerstand gegen Russlands Angriffskrieg. Darüber hinaus finden im zivilgesellschaftlichen Handeln soziale Innovation und Transformation statt, welche die Gesellschaft – auch trotz deutlicher Verluste unter Aktivist:innen – für den künftigen Weg der europäischen Integration, weiteren Demokratisierung und im Überstehen des Krieges stärken.

Einleitung

Es stellt keine neue Erkenntnis dar, dass die ukrainische Zivilgesellschaft gut organisiert und sehr aktiv ist. In der Zeit vor der Revolution der Würde, während der Re-Autokratisierungsphase unter Präsident Janukowytsch von 2010 bis 2013, galt sie manchen Beobachter:innen fast als zu gut organisiert und im Wesentlichen aus professionellen NGOs und Think Tanks bestehend. Freiwilligen-Initiativen, informelle Gruppen und spontanes Engagement waren in der damaligen Zeit eher schwach ausgeprägt und zudem in der Landschaft aus hochentwickelter Zivilgesellschaft und ihren Förderern strukturell marginalisiert. Seitdem hat sich die ukrainische Zivilgesellschaft rasant entwickelt: Den Befürchtungen, die ukrainische Zivilgesellschaft sei zu stark auf sich selbst fokussiert, habe zu wenig Einfluss auf politische Prozesse, stehe miteinander in harter Konkurrenz um Fördermittel und verfüge zugleich kaum über Rückhalt in der Breite der Gesellschaft, setzte die Revolution der Würde eine der größten Mobilisierungen für pro-demokratische Proteste seit den Revolutionen von 1989–1991 entgegen. Während und nach der Revolution hat sich 2014 in der Ukraine eine der umfangreichsten Freiwilligenbewegungen in Europa herausgebildet, zumal Freiwillige zahlreiche, teils staatliche, Aufgaben wie die Versorgung von Binnenflüchtlingen, der Landesverteidigung, der weiteren Unterstützung der Armee sowie der Kommunal- und Nachbarschaftsentwicklung übernommen haben. Im Ranking des World Giving Index, der die individuelle Spendenaktivität von Bürger:innen sowie auch ihre aktive Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen bemisst, ist die Ukraine vom 111. Platz (von 145 Ländern) im Jahr 2011 auf Platz 10 im Jahr 2021 aufgestiegen. Zudem sind seit dem Beginn der großangelegten Invasion Russlands in der Ukraine ca. 37 Prozent der Ukrainer:innen als Freiwillige zivilgesellschaftlich aktiv; dieser Wert ist nicht nur der höchste seit der Unabhängigkeit, sondern ähnelt auch dem Anteil freiwillig Engagierter in

Deutschland (ca. 39 Prozent). Ein in der Tendenz kontinuierlicher Anstieg freiwilligen Engagements in der Ukraine seit der späten Sowjetzeit bis heute spiegelt sich auch in den Daten des Projekts V-Dem (vgl. Grafik 6 auf S. 10). Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Freiwilligenbewegung genießen seit der Revolution der Würde hohen Respekt und Vertrauen in der ukrainischen Bevölkerung. Seit Beginn der russischen Großinvasion in der Ukraine im Jahr 2022 stellt die breit aufgestellte, vielfältige und aktive Zivilgesellschaft das Rückgrat der Gesellschaft und auch der Verteidigung des Landes gegen die russische Invasion dar.

In den zurückliegenden 15 Monaten hat sich dieses Bild verstärkt. Zugleich steht die ukrainische Zivilgesellschaft vor immensen Herausforderungen. Derzeit zeichnen sich vier Entwicklungslinien ab.

Erstens: Die Bedeutung der Freiwilligenbewegung

Am 05. Dezember 2022 zeichnete der ukrainische Präsident anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes 50 ukrainische NGOs und Initiativen aus, deren Mitglieder sich als Teil der Freiwilligenbewegung für die Ukraine engagieren. In seiner Rede betonte Selenskyj, dass die Freiwilligen heute der stärkste Teil der ukrainischen Zivilgesellschaft seien, und die Bewegung sich über das ganze Land erstreckt.

Die Anzahl registrierter *gemeinnütziger karitativer Organisationen (kO)* in der Ukraine stieg mit Beginn des Krieges sprunghaft an: Seit dem Maidan lag die Zahl der pro Jahr neu gegründeten kOs im höheren dreistelligen Bereich. Im Jahr 2022 wurden 6.367 neue kOs in der Ukraine gegründet – also mehr als in den acht Jahren zuvor zusammen. Die meisten entstanden in Kyjiw, Lwiw, Charkiw, Dnipro und Odesa. Die Zahl der politisch oder gesellschaftlich ausgerichteten Public Organizations blieb mit über 96.000 registrierten Organisationen in etwa gleich hoch; die jährlichen Neugründungen gingen 2022 gegenüber den Vorjahren leicht zurück.

Parallel dazu ist das individuelle Engagement in der Ukraine von 26 Prozent auf ca. 42 Prozent gestiegen. 61 Prozent der seit Februar 2022 aktiven Ehrenamtlichen hatten zuvor keine Erfahrungen in zivilgesellschaftlicher Arbeit. Der Anteil der Befragten, die seit 2022 Geld gespendet haben, lag mit 86 Prozent ebenfalls höher. Die Bandbreite an ehrenamtlichem Engagement umfasst Proteste, Fundraising-Kampagnen, aktive Beteiligung in Kampfeinheiten, Unterstützung der »IT-Armee« zur Bekämpfung russischer Propaganda, Berichte über feindliche Aktivitäten, Versorgung von Binnenflüchtlingen, Blutspenden oder Transport von Flüchtlingen aus Gefahrengebieten.

Die neu gegründeten Initiativen weisen einen hohen Organisations- und Motivationsgrad auf und waren größtenteils 12 Monate nach ihrer Gründung noch aktiv. Hinsichtlich der Aktivitäten knüpft die derzeitige ukrainische Zivilgesellschaft stark an die Freiwilligen-Initiativen und NGOs an, die sich ab 2014 als Reaktion auf den russischen Überfall auf den Donbas und die Krim gebildet haben. Damals bildeten sich aus bestehenden NGOs sowie aus der Mobilisierung des Maidan zügig Initiativen zur Unterstützung der Binnenflüchtlinge, zur Versorgung der Armee und sowie zur Landesverteidigung. Auf diesen Erfahrungen sowie auf der Anpassung zivilgesellschaftlichen Engagements während der Corona-Pandemie basiert die aktuelle Resilienz: viele NGOs konnten sich erfolgreich an die neue Situation anpassen, ihre Aktivitäten aufrechterhalten, ihre Kommunikation mit Zielgruppen weiterführen, und teilweise sogar ihre Kooperationsnetzwerke erweitern.

Zugleich sind Infrastruktur, Wirtschaft, Energieversorgung und Bildung in der Ukraine seit Februar 2022 fragiler geworden. Ein neuer Bereich zivilgesellschaftlicher Arbeit bezieht sich daher auch auf die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und Agrarproduktion, die Wiederherstellung von Infrastruktur, die Unterstützung von Künstler:innen, den Kampf gegen Falschinformationen und die Verbreitung ukrainischer Literatur im Ausland.

Auch in Hilfsangeboten von Kommunen und Unternehmen spielen Freiwillige eine wichtige Rolle. Die Versorgung mit provisorischen Unterkünften in Modulbauten, privaten Wohnungen oder Gemeinderäumen, die Herstellung von Kleidung oder Munition für das Militär oder auch kostenlose medizinische Behandlung für Binnenflüchtlinge und Militärangehörige sind neue Bereiche, in denen Freiwillige gemeinsam mit Behörden und Firmen zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Grundfunktionen in der Ukraine beitragen.

Die große Bandbreite an Aktivitäten zeigt sowohl eine Kontinuität des zivilgesellschaftlichen Engagements vieler Ukrainer:innen seit 2014 als auch die klare Orientierung an akuten Bedarfen und lokal vernetzter Zusammenarbeit. Beispiele dafür sind der Verlag Meri-

dian Czernowitz, der kurzfristig Lager- und Logistikkapazitäten für humanitäre Hilfe umwidmen konnte, oder Kyjiwer Think Tanks, die Personal und Material für die Versorgung in frontnahen Gebieten bereitstellen.

Zweitens: Widerstand und Partisanenbewegung

Als besondere Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist der Widerstand in den von Russland besetzten Gebieten zu betrachten. Bereits in den ersten Tagen nach Beginn der Invasion formierten sich in zahlreichen besetzten Städten in der Südukraine proukrainische Proteste – in manchen dieser Städte waren es die bis dato größten Demonstrationen. Die Proteste in Cherson, Berdjansk, Melitopol, Kachowka und Nowa Kachowka dauerten bis zu zwei Wochen an, bis die schwerbewaffneten Besatzer sie schließlich mittels Verfolgung, Haft und Folter der Aktivist:innen beendeten. Der Widerstand verlagerte sich daraufhin in den Untergrund: es entstanden zahlreiche Widerstandsbewegungen, die in Form von Graffiti, Flyern und kleinen Zeichen an öffentlichen Plätzen die Zugehörigkeit zur Ukraine symbolisch bekundeten und beispielsweise auch zum Boykott der Scheinreferenden aufriefen. Die bekannteste Bewegung ist die »Gelbe Schleife«, deren Mitglieder die Symbole der Bewegung – eine gelbe Schleife auf blauem Untergrund oder den einzigartigen ukrainischen Buchstaben »ї« – als Zeichen des pro-ukrainischen Widerstands im öffentlichen Raum verwenden. Ziel ist es, durch zivilen Ungehorsam, pro-ukrainische Informationen und psychologischen Druck die Präsenz pro-ukrainischer Kräfte in den besetzten Gebieten zu zeigen und zu stärken. Ein weiteres Mittel des zivilen Ungehorsams ist die Weigerung von Arbeiter:innen und Angestellten, mit den Besatzern zusammenarbeiten, was insbesondere in den Bereichen Energie- und Transportinfrastruktur, aber auch Bildung und Verwaltung zu Personalproblemen führt.

Zudem hat sich in den besetzten Gebieten eine Partisanenbewegung gebildet, die zum Teil bereits auf Partisanenaktivitäten aus den Jahren 2014–2015 in den damals schon besetzten Teilen der Region Luhansk zurückgeht. Im Jahr 2022 waren Partisanengruppen in den neu besetzten Regionen, aber auch auf der Krim und in Luhansk aktiv; als Zentrum gilt Melitopol. Neben gewaltfreiem Widerstand und Informationskampagnen sind Partisanen auch in der Zerstörung von Infrastruktur, die für die Besatzungsmacht wichtig ist, aktiv. Aber vor allem direkte Aktionen gegen russische Militärs und Kollaborateure gehören zum Spektrum des aktiven Widerstands. Derzeit lassen sich mindestens drei größere Partisanen-Netzwerke unterscheiden: die in der Oblast Saporischschja aktive *Berdiansk Partisan Army*; die bereits im September 2021 im Donbas gegründete

Popular Resistance of Ukraine sowie die unter anderem auf der Krym aktive Gruppe *Atesh*, die auch von krimtatarischen Aktivist:innen mitgegründet wurde. Der Anteil von Freiwilligen zu professionellen Soldaten wird auf 40:60 geschätzt. Allen drei Gruppen ist gemein, dass sie im Wesentlichen über Telegram, die derzeit wichtigste Plattform für Information und Organisation des ukrainischen Widerstands, mobilisieren. Zudem stellen alle drei Bewegungen eine permanente Bedrohung für das russische Militär und die Besatzungsbehörden weit hinter der Frontlinie dar.

Am Beispiel der Widerstandsgruppen lässt sich zudem zeigen, wie staatliche und gesellschaftliche Akteur:innen mittlerweile in der Ukraine zusammenarbeiten: Zur Unterstützung des gesellschaftlichen Widerstands wurde im März 2022 das staatliche Zentrum des nationalen Widerstands der Ukraine gegründet. Das Zentrum untersteht dem Sondereinsatzkommando der ukrainischen Streitkräfte und wurde im Rahmen des im Juli 2021 beschlossenen Gesetzes »Die Grundlagen des nationalen Widerstands« etabliert. Ziel ist es, Informationen, Instruktionen und Online-Materialien für den aktiven Widerstand anzubieten, die Partisanenaktivitäten zu koordinieren und effektiver zu machen sowie Informationen über Verbrechen der Besatzer zu sammeln und bereitzustellen.

Drittens: Verluste

Der adaptiven Resilienz der Zivilgesellschaft sind durch den kriegsbedingten Verlust von Infrastruktur, Finanzierung und letztlich Personal bzw. engagierten Menschen aber Grenzen gesetzt. Ehrenamtliches Engagement ist massiv von der Zerstörung der Infrastruktur durch russische Angriffe betroffen; und zahlreiche Tätigkeiten wie z. B. Logistik humanitärer Hilfsgüter oder Hilfe für Binnenflüchtlinge sind lebensgefährlich. Die Zerstörung der Städte in den besetzten Gebieten umfasst die Zerstörung von Kulturorten, die Binnenflüchtlinge aus den Oblasten Donezk, Luhansk und von der Krym nach dem Beginn des Krieges im Frühjahr 2014 in ostukrainischen Städten gegründet hatten. Wie viele dieser Initiativen an anderen Orten inner- oder außerhalb der Ukraine ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten, ist bislang nicht bekannt.

Hinzu kommt, dass zahlreiche Aktivist:innen aus der Zivilgesellschaft sich den Streitkräften angeschlossen haben. Die Motivation für das zivilgesellschaftliche Engagement und seit Februar 2022 für die Landesverteidigung wird von den Aktivist:innen häufig ähnlich und als Kontinuität formuliert: So, wie man bisher als Teil einer NGO oder eines Think Tanks für eine demokratische, europäische und freie Ukraine gekämpft habe, müsse dies nun mit der gleichen Zielsetzung, aber anderen Mitteln an der Front fortgesetzt werden.

Die Kontinuität des Narrativs »Freiheitskampf«, das seinen aktuellen Ursprung in der Revolution der Würde hat, aber weit in die ukrainische Geschichte zurückreicht, ist in den individuellen Erzählungen zum Übergang von der NGO-Arbeit in die Landesverteidigung sehr präsent. Dies zeigt sich auch in einem Projekt des Ukraine-Instituts, der staatlichen ukrainischen Einrichtung für Kulturdiplomatie. Unter dem Titel »Culture Fights Back« präsentiert das Institut aktuell 30 Portraits von Künstler:innen, Schauspieler:innen, Musiker:innen, Schriftsteller:innen und Zivilgesellschaftsaktivist:innen, die aus ihrer künstlerisch-zivilgesellschaftlichen Tätigkeit heraus in die Streitkräfte gewechselt sind. Fünf von ihnen sind im Kampf durch russische Angriffe getötet worden. Eine besonders bekannte Persönlichkeit unter den Gefallenen war Roman Ratuschnyj, der im November 2013 als 16-Jähriger einer der ersten Protestierenden auf dem Maidan war und im Jahr 2018 eine Initiative gegen die Bebauung einer Grünfläche in Kyjiw gründete. Unmittelbar nach dem Beginn der Invasion verteidigte er zunächst die Hauptstadt und schloss sich schließlich dem ukrainischen Militär an. Im Juni 2022 geriet er an der Front in einen feindlichen Hinterhalt und kam ums Leben.

Ähnliche Geschichten wie jene Ratuschnyjs tragen sich derzeit im Umfeld zahlreicher NGOs und Initiativen in der Ukraine zu. Neben zehntausenden getöteten oder verletzten Zivilist:innen und Kämpfern ist bekannt, dass mehrere hundert pro-ukrainische Aktivist:innen in den besetzten Gebieten von russischen Besatzern entführt und/oder getötet worden sind. Allein in der Region Cherson wurden zwischen März und Juli 2022 mehr als 300 Aktivist:innen sowie 63 Vertreter:innen der lokalen Selbstverwaltung festgenommen, entführt, gefoltert oder getötet bzw. galten als vermisst.

Für die Zukunft der ukrainischen Zivilgesellschaft bedeutet dies, dass »man gerade die Besten verliert«, wie Aktivist:innen in sozialen Netzwerken immer wieder betonen. Das außerordentlich hohe Engagement eines Großteils der Gesellschaft für den Erhalt der souveränen Ukraine steht den furchtbaren Verlusten an erfahrenen NGO-Aktivist:innen, Künstler:innen und Journalist:innen entgegen. Hinzu kommt ein zu befürchtender anhaltender Brain-Drain aufgrund der forcierten Flucht vieler Aktivistinnen in europäische Nachbarländer durch die Invasion. Die ukrainische Zivilgesellschaft steht mindestens in der Gefahr, einen relevanten Teil ihrer klügsten und engagiertesten Köpfe physisch zu verlieren.

Viertens: Neuaufbau & Transformation

Neben den Initiativen und Organisationen, die seit Februar 2022 in den Bereichen Humanitäre Hilfe, Ver-

teidigung, Flucht und Sozialfürsorge aktiv geworden sind, lassen sich im gesamten Land zahlreiche Initiativen zum Wiederaufbau beobachten. Dieser bezieht sich nicht nur auf Infrastruktur oder materiellen Wiederaufbau, sondern auch auf soziale Innovation und gesellschaftlichen Wandel.

Da der Wiederaufbau zu einem hohen Anteil von nichtstaatlichen Akteur:innen geleistet wird, enthalten viele Projekte deren Visionen einer künftigen ukrainischen Gesellschaft. Indem NGOs und Aktivist:innen oft gerade jene Projekte und Ideen in den Wiederaufbau einbeziehen, an denen sie seit der Revolution der Würde oder länger arbeiten, sind Transformation und gesellschaftliche Erneuerung schon jetzt prägende Themen. Die folgenden selektiven Beispiele illustrieren, wie aus der Aufgabe des Wiederaufbaus tatsächlich ein Neuaufbau wird, der zur gesellschaftlichen Modernisierung der Ukraine beitragen kann.

Die Stadt Tschernihiw im Norden der Ukraine wurde gleich zu Beginn der Vollinvasion von russischen Truppen schwer zerstört. Bei gezielten Angriffen Russlands auf eine Lebensmittelverteilungsstelle, ein Krankenhaus und ein Wohnviertel starben etwa 700 Menschen. Neben zahlreichen Schäden an jahrhundertealten Kirchen, Klöstern und anderen historischen Gebäuden wurden fast 3.000 Privathäuser zerstört. Nach der Befreiung Ende März 2022 begann der Fotograf Walentyn Bobyr gemeinsam mit Freunden, an Wochenenden die zerstörten Privathäuser wieder aufzubauen. Um mehr Helfende zu gewinnen, postete er Fotos der Aktionen verbunden mit einem Unterstützungsauftrag in den sozialen Medien. Nach kurzer Zeit kamen professionelle Handwerker:innen und weitere Bürger:innen dazu. Um die wachsende Zahl von Helfenden mit angemessenem Werkzeug auszustatten, gründete Bobyr die NGO »Bomoschemo« (»Weil wir es können«) und sammelte auch international Spendengelder ein. Ein weiteres Beispiel für die Reorganisation der Zivilgesellschaft ist die NGO District One, die sich vor 2022 mit dem Ziel der Nachbarschafts- und Stadtentwicklung im Zentrums Kyjiws rund um die Reitarska-Straße gegründet hatte, sich aber seit April 2022 im Wiederaufbau der befreiten Städte und Dörfer engagiert.

Aus manchen Wiederaufbauprojekten ergeben sich Folgeprojekte zur Spendensammlung: Die Künstlerin Anastasia Hornitschar erstellte – angeregt durch Bobyrs Fotos der zerstörten Bibliothek in Tschernihiw – eine Sammlung von Papiermodellen zerstörter Gebäude, und verkaufte diese zu Gunsten des Wiederaufbaus. Ein weiteres Projekt ist »Virtual Ukraine«, das bereits im Jahr 2015 als virtuelle Besuchserfahrung für Tourist:innen gegründet wurde, nun aber geolokalisiert zerstörte Gebäude zeigt und zugleich eine wichtige Datengrundlage für den Wiederaufbau sein kann.

Darüber hinaus entwickeln sich Kunst- und Kulturinitiativen zu Orten der gesellschaftlichen Resilienz. Das 2018 gegründete Dnipro Center for Contemporary Culture (DCCC) dient seit 2022 als Nachbarschaftstreff, Kultur- und Bildungsort für Geflüchtete und Stadtbewohner:innen. Durch Spenden und Fördergelder konnte das soziale Zentrum ausgeweitet werden und zu einem Integrationsort für sich verändernde Stadtgesellschaft werden. Neben der sozialen Arbeit sehen die Aktivist:innen aber die Kunst stärker denn je als ein Mittel zum Erhalt der gesellschaftlichen Resilienz in der Ukraine:

»Kultur [ist] eine gemeinsame Grundlage für uns alle. [...] Kultur ist zu einem Weg des Widerstands und gleichzeitig zu einem Weg geworden, sich selbst und seine Identität zu verstehen. Das DCCC als Institution sieht seine Rolle darin, diese Prozesse zu unterstützen.«

Eine weitere Facette von Wiederaufbau und Transformation zeigt sich in der Arbeit der 2017 gegründeten Umweltorganisation Save Dnipro. Ursprünglich mit dem Ziel, gegen die Luftverschmutzung durch ein städtisches Heizkraftwerk zu protestieren, professionalisierte sich die Organisation zügig, beteiligte sich an der Erarbeitung eines Gesetzes gegen Greenwashing und stellte ab 2018 einen Chatbot zur Verfügung, mit dem Informationen zu umweltspezifischen Register- und Lizenzdaten abgerufen werden konnten. Auf dieser Basis bietet Save Dnipro aktuell Informationen zur Luftreinheit, zur radioaktiven Hintergrundstrahlung sowie über aktuelle Feuer und jeweilige Windverhältnisse in der ganzen Ukraine, wofür sowohl offizielle Messstellen als auch einfache Luftmessgeräte, die von Freiwilligen bedient werden, genutzt werden. Save Dnipro steht beispielhaft für eine hoch professionalisierte Zivilgesellschaft, die einerseits staatliche Aufgaben wie die Messung von Verschmutzung oder Strahlung übernimmt, dabei andererseits durch den Citizen Science-Ansatz zugleich partizipativ und innovativ ist und diesen verfolgt und ausbaut. Durch solche Kooperationen entstehen zugleich neue Netzwerke, beispielsweise zu ökologischem Wiederaufbau und demokratischer Partizipation. Save Dnipro kann als Initiative betrachtet werden, die durch Vernetzung, lokales Engagement und politische wie soziale Resonanz zu ökologischen Themen demokratische Prozesse und gesellschaftliche Modernisierung gerade mit Blick auf den Wiederaufbau fördert.

Fazit: Zur Resilienz der ukrainischen Zivilgesellschaft

Die Facetten der ukrainischen Zivilgesellschaft im Krieg sind äußerst vielseitig. Seit Februar 2022 ist die Zivilgesellschaft in ihren verschiedenen Ausprägungen zu einem Rückgrat der Gesellschaft und insbesondere des

Widerstands gegen den russischen Angriff geworden. Die »aktive Gesellschaft«, wie sie Amitai Etzioni (1968) beschrieb, spiegelt sich in der Mobilisierung von Freiwilligen, die an das Engagement seit dem Beginn des Krieges im Jahr 2014 und noch weiter an die Selbstmobilisierung der Revolution der Würde anknüpft, in der Verbindung von Kunst, Kultur, Aufbau, Professionalisierung und Innovation und schließlich im subversiven oder offensiven Widerstand in den besetzten Gebieten. Selbstorganisation, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Responsivität sind zentrale Kennzeichen der ukrainischen Zivilgesellschaft geworden.

Zudem zeigt sich eine starke Resilienz, die sich analytisch in verschiedene Muster aufteilen lässt. Die starke Freiwilligenbewegung stellt eine adaptive Resilienz dar, die eine unmittelbare Anpassung an eine krisenhafte Situation erfordert, um die grundlegenden Funktionen einer sozialen Einheit wie z. B. einer Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Zugleich werden in der Wider-

stands- und der Freiwilligenbewegung neue Narrative der ukrainischen Identität etabliert bzw. verstärkt, indem die Begriffe Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie und europäische Integration als zentrale Ziele der Verteidigung betont werden. Diese diskursive Resilienz ist zugleich Identitätsanker wie auch Framing zur Mobilisierung. Als transformative und damit langfristige Resilienz, welche die Gesellschaft selbst mit verändert, lässt sich die Etablierung von neuen Netzwerken, Handlungsmustern und partizipativen Modellen in der Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben bezeichnen. Die ukrainische Zivilgesellschaft hat als Teil der gesellschaftlichen Verteidigung gegen den russischen Angriff damit ein hohes Niveau von Beteiligung, gesellschaftlicher Solidarität, Vertrauen und Selbstbewusstsein erreicht, das dem Demokratisierungs- und Europäisierungsprozess der politischen Institutionen des Landes nur zuträglich sein kann.

Über die Autorin:

Dr. Susann Worschech ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich European Studies an der Europa-Universität Viadrina. Ihr Forschungsgebiet ist die Politische Soziologie Europas mit einem besonderen Fokus auf Zivilgesellschaft und sozialen Wandel in der Ukraine. Ihre Arbeit wurde mehrfach ausgezeichnet, zuletzt mit dem PostDoc-Preis des Landes Brandenburg 2019.

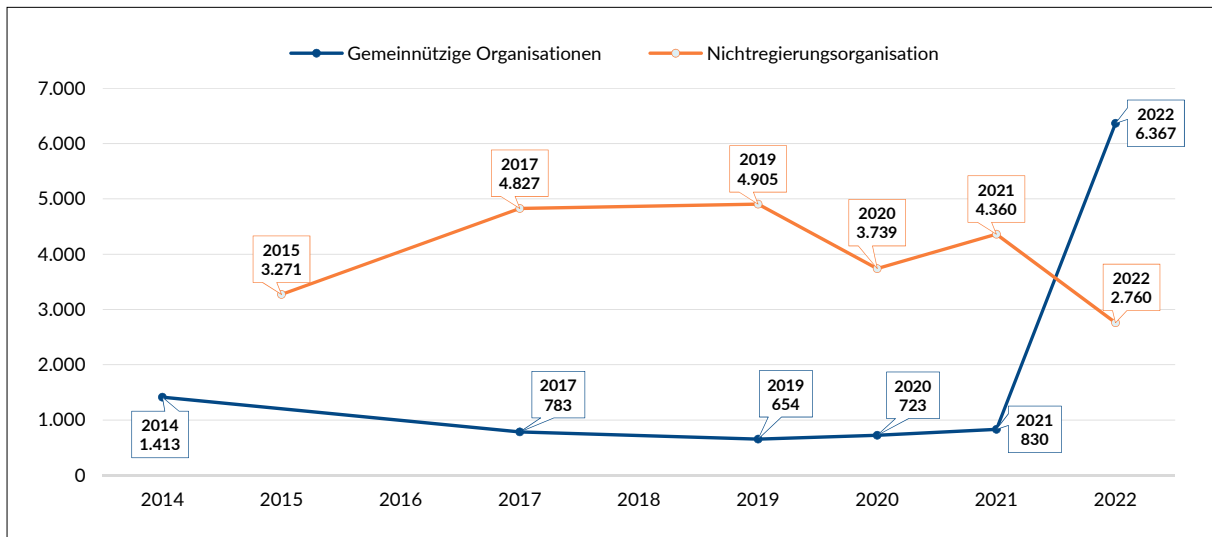
Literatur

- Etzioni, Amitai. 1968. *The Active Society. A Theory of Societal and Political Processes*. dahl. New York: The Free Press.
- Hahn-Fuhr, Irene und Worschech, Susann. 2014. External Democracy Promotion and Divided Civil Society – the Missing Link. In: Timm Beichelt (Hrsg.), *Civil Society and Democracy Promotion*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, 11–41.
- Lutsevych, Orysia. 2013. *How to Finish a Revolution: Civil Society and Democracy in Georgia, Moldova and Ukraine*. <http://www.chathamhouse.org/publications/papers/view/188407>.
- Matsiyevsky, Yuriy. 2023. *The Ukrainian Resistance Movement in the Occupied Territories*. https://www.ponarseurasia.org/wp-content/uploads/2023/03/Pepm837_Matsiyevsky_March2023.pdf.
- Worschech, Susann. 2017. New civic activism in Ukraine: Building society from scratch? *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal* 3: 23–45. <http://kmlpj.ukma.edu.ua/article/view/119984>.
- Worschech, Susann. 2020. *Deutsch-ukrainische Kulturbeziehungen. Veränderungen nach dem Euromaidan*. Stuttgart. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/67011/ssoar-2020-worschech-Deutsch-ukrainische_Kulturbeziehungen_Veränderungen_nach_dem.pdf?sequence=1&lnkname=ssoar-2020-worschech-Deutsch-ukrainische_Kulturbeziehungen_Veränderungen_nach_dem.pdf
- Zaremba, Kateryna. 2017. Substituting for the State. The Role of Volunteers in Defense Reform in Post-Euromaidan Ukraine. *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal* 0: 47–70. <http://kmlpj.ukma.edu.ua/article/download/119985/115075>.

STATISTIK

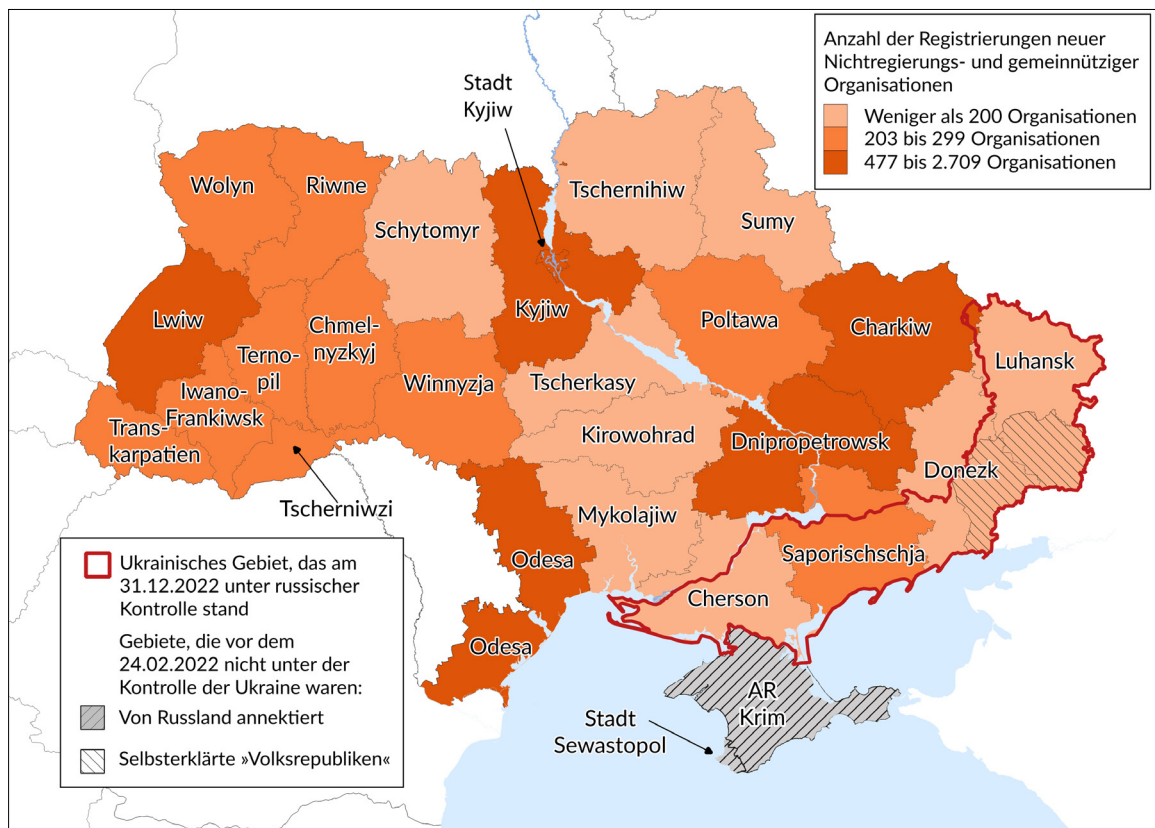
Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft

Grafik 1: Anzahl der Registrierungen neuer Nichtregierungs- und gemeinnütziger Organisationen nach Jahren (2014–2022)



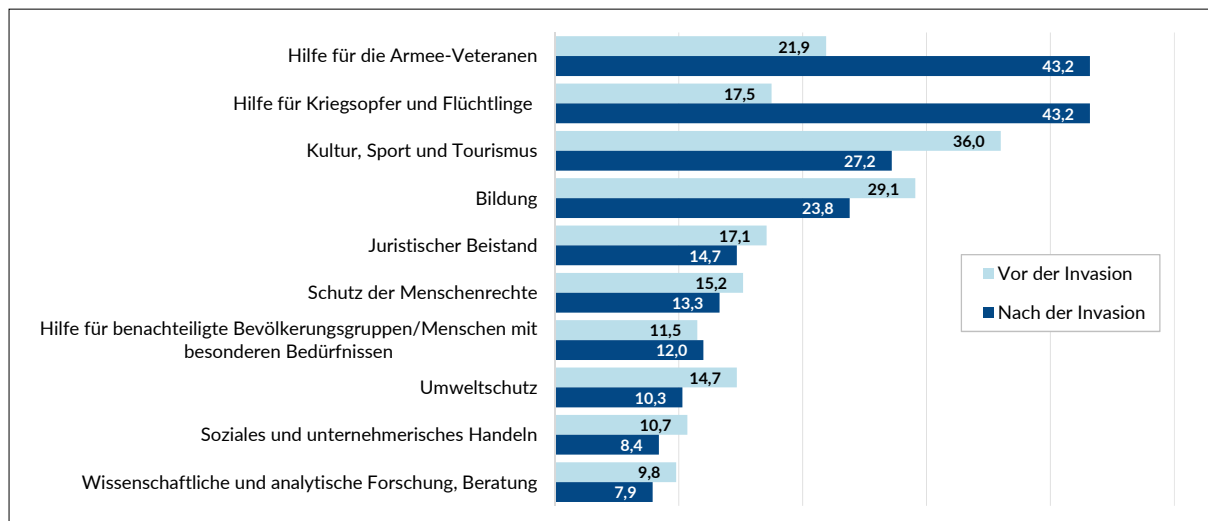
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology (2023): Ukrainian civil society under the war. A report based on the findings of the study.

Grafik 2: Anzahl der Registrierungen neuer Nichtregierungs- und gemeinnütziger Organisationen im Jahr 2022 nach Regionen



Quelle: Kyiv International Institute of Sociology (2023): Ukrainian civil society under the war. A report based on the findings of the study.

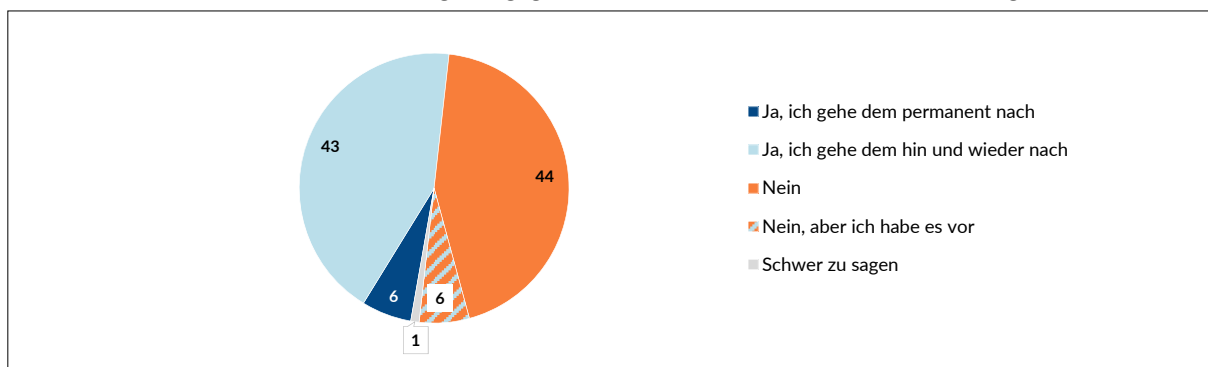
Grafik 3: Die zehn wichtigsten Tätigkeitsbereiche von Vereinen und gemeinnützigen Organisationen vor und nach der vollumfänglichen Invasion Russlands (in %)



Angaben in Prozent aller Vereine und gemeinnütziger Organisationen in der Ukraine. Mehrfachnennungen möglich.

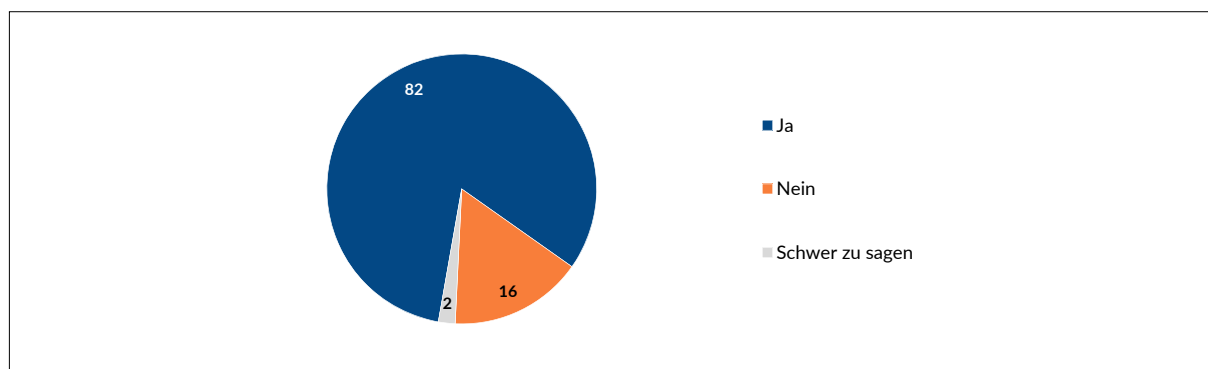
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology (2023): *Ukrainian civil society under the war. A report based on the findings of the study.*

Grafik 4: Sind Sie aktuell als Freiwilliger engagiert und wie viel Zeit widmen Sie dieser Tätigkeit? (in %)



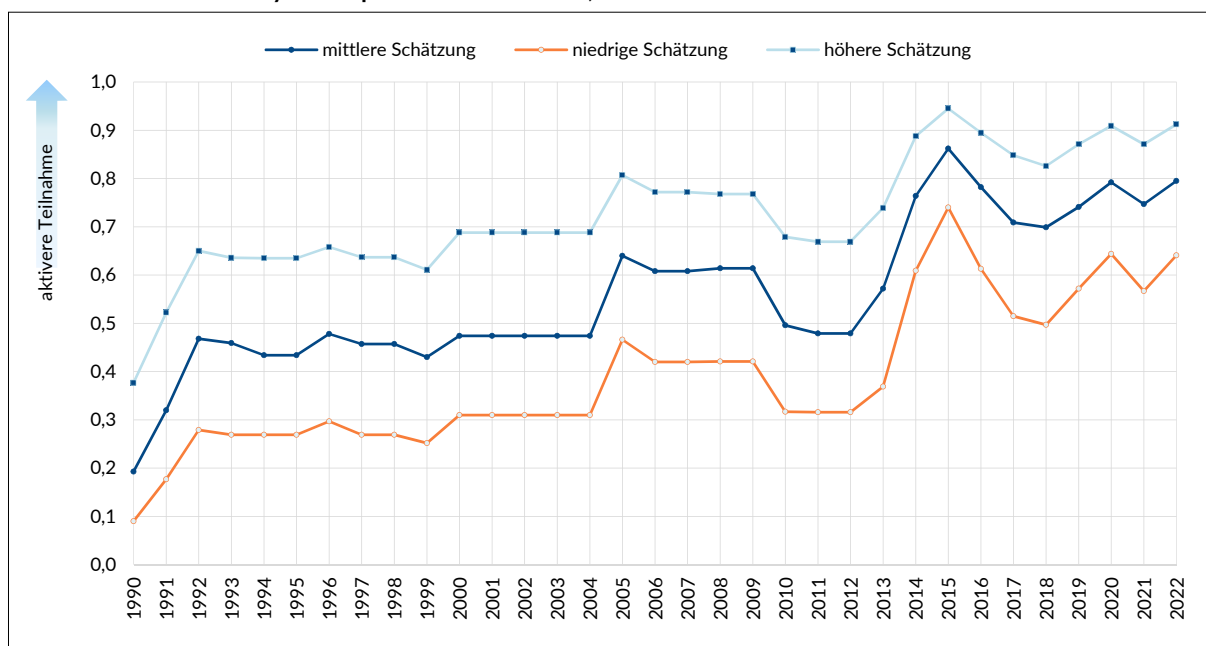
Quelle: Soziologische Gruppe Rating: *Ukraine's Resilience Formula: The Essential Components During War and Post-war*, 27.06.2023, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/ukraine_s_resilience_formula_the_essential_components_during_war_and_post-war_6_11_june_2023.html.

Grafik 5: Sind Sie persönlich bereit, sich an der Lösung wichtiger Zukunftsfragen für Ihre Gemeinde, Stadt oder Ihr Dorf zu beteiligen? (in %)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating: *Ukraine's Resilience Formula: The Essential Components During War and Post-war*, 27.06.2023, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/ukraine_s_resilience_formula_the_essential_components_during_war_and_post-war_6_11_june_2023.html.

Grafik 6: Civil Society Participation Index Ukraine, 1990 – 2022



Jahr	mittlere Schätzung	niedrige Schätzung	höhere Schätzung
1990	0,193	0,090	0,377
1991	0,320	0,177	0,522
1992	0,468	0,279	0,650
1993	0,459	0,269	0,636
1994	0,434	0,269	0,635
1995	0,434	0,269	0,635
1996	0,478	0,297	0,658
1997	0,457	0,269	0,637
1998	0,457	0,269	0,637
1999	0,430	0,252	0,611
2000	0,474	0,310	0,688
2001	0,474	0,310	0,688
2002	0,474	0,310	0,688
2003	0,474	0,310	0,688
2004	0,474	0,310	0,688
2005	0,640	0,466	0,807
2006	0,608	0,420	0,772

Jahr	mittlere Schätzung	niedrige Schätzung	höhere Schätzung
2007	0,608	0,420	0,772
2008	0,614	0,421	0,768
2009	0,614	0,421	0,768
2010	0,496	0,317	0,679
2011	0,479	0,316	0,669
2012	0,479	0,316	0,669
2013	0,572	0,369	0,739
2014	0,764	0,609	0,888
2015	0,862	0,740	0,945
2016	0,782	0,613	0,895
2017	0,709	0,515	0,848
2018	0,699	0,497	0,826
2019	0,741	0,572	0,871
2020	0,792	0,644	0,909
2021	0,747	0,567	0,871
2022	0,795	0,641	0,912

Der Civil Society Participation Index schätzt die zivilgesellschaftliche Teilnahme der Bürger:innen eines Landes. Von V-Dem erstellt, verknüpft der Index Informationen zum Umfang der Teilnahme von Bürger:innen in verschiedenen Organisationen, die Entscheidungsträger:innen auswählen und beeinflussen. Der Index umfasst ein Intervall von 0 bis 1 (je höher, desto aktivere Teilnahme).

Quelle: Our World in Data, Civil Society Participation Index Ukraine, 2000 – 2022, <https://ourworldindata.org/grapher/civil-society-participation-index?tab=chart&time=1980..latest&country=~UKR>.

Der Beitrag lokaler Selbstverwaltungsbehörden zur demokratischen Resilienz der Ukraine

Von Oleksandra Keudel (Kyiv School of Economics), Oksana Huss (Universität Bologna)

DOI: 10.31205/UA.287.02

Zusammenfassung

Die Ukraine hat während der großangelegten russischen Invasion seit dem 24. Februar 2022 eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit bewiesen. Diese bezeichnen wir als »demokratische Resilienz«, weil sie von demokratischen Mechanismen unterstützt wurde. Diese drückt sich nicht nur im Engagement der ukrainischen Bürger:innen aus, die der Invasion auf vielfältige Weise Widerstand leisten, sondern auch in der Aufrechterhaltung der Staatlichkeit und Demokratie inmitten des größten Krieges auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg. Basierend auf Umfragedaten beleuchtet der folgende Text, welchen maßgeblichen Anteil daran die kommunalen Selbstverwaltungsbehörden haben und wie sie eine auf Bürgerbeteiligung und Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren basierende demokratische Resilienz ermöglichen.

Dezentralisierungsreform als Grundstein

Die 2014 eingeleitete Dezentralisierungsreform führte zu tiefgreifenden Veränderungen in der territorialen Organisation der Ukraine und schuf den Rahmen und die Bedingungen für die heutige Widerstandsfähigkeit. Dank des Zusammenschlusses von tausenden kleinen Gemeinden, sog. »Hromadas«, zu größeren Verwaltungseinheiten (sog. »amalgamierte Gemeinden«) sowie der Erweiterung ihrer steuerlichen und politischen Autonomie, stärkte diese Reform die kommunale Selbstverwaltung in der Ukraine maßgeblich. Die Reform ermöglichte den kommunalen Selbstverwaltungen der Hromadas, höhere Steuereinnahmen zu erzielen und öffentliche Dienstleistungen nach lokalen Bedarfen und Prioritäten zu erbringen. Durch die Dezentralisierungsreform erhielten die kommunalen Selbstverwaltungsbehörden somit die benötigten Befugnisse und Ressourcen, um direkt auf die Bedürfnisse ihrer Bürger:innen eingehen zu können. Durch die größeren finanziellen Kapazitäten, z. B. den Zugriff auf 60 Prozent der Lohnsteuer und auf 100 Prozent der Einkommensteuer, stiegen die Einkünfte der Hromadas von 1.7 Mrd. Euro in 2020 auf 8.4 Mrd. Euro in 2021. Das gab auch den Anstoß zu einer transparenteren, rechenschaftspflichtigen lokalen Verwaltung, die zunehmend offen für die Kooperation mit Bürger:innen geworden ist.

Die Verhängung des Kriegsrechts am 24.02.2022 als Reaktion auf die großangelegte russische Invasion hatte fundamentale Auswirkungen auf das mehrstufige Regierungssystem der Ukraine. Das Kriegsrecht setzte zahlreiche demokratische Mechanismen außer Kraft bzw. schränkte sie massiv ein (siehe dazu auch [Ukraine-Analysen 285](#)). Dazu gehören z. B. Wahlen, Proteste und Streiks. Für die Dauer des Kriegsrechts wurden regionale Militärverwaltungen (RMA) anstelle der zivilen Staatsverwaltungen eingerichtet. Die RMA übernehmen seither die Organisation sozialer Dienstleistungen und koordinieren, eng mit dem Militär, Evakuierungen und Verteidigungsmaßnahmen. Die Leiter der RMA werden vom Präsidenten ernannt. Die Gemeindeoberhäupter erhielten zusätzliche Kompetenzen im Bereich der Sicherheit. Sie können auf Sonderfonds zurückgreifen, um auf Notfälle in den Gemeinden zu reagieren. Auch die Transparenz wurde eingeschränkt: Bestimmte Entwürfe von Kommunalverwaltungsgesetzen müssen nicht mehr veröffentlicht werden. Ebenso schränkte das Ministerkabinett der Ukraine (KMU) die Veröffentlichung bestimmter offizieller statistischer Daten ein. Obwohl die Beschränkungen später gelockert wurden, sind einige rechenschaftsrelevante Daten, z. B. für Staatseinkäufe oder Gesetzesentwürfe immer noch nicht verfügbar. Zusammengefasst können diese Änderungen zwar zu einer schnelleren und flexibleren Entscheidungsfindung führen, was im Kriegsfall unerlässlich ist, und sie lassen sich auch mit Sicherheitserwägungen rechtfertigen. Dennoch erhöhen diese Änderungen letztlich den Ermessensspielraum der kommunalen Verwaltungen, was die Rechenschaftspflicht im mehrstufigen ukrainischen Regierungssystem, die durch die Dezentralisierungsreform erreicht wurde, wieder schwächt und daher problematisch sein kann.

Eine Umfrage unter ukrainischen kommunalen Selbstverwaltungsbehörden zu Kriegszeiten

Im Folgenden berichten wir über ausgewählte Ergebnisse einer Umfrage unter Kommunalverwaltungen ukrainischer Gemeinden (Hromadas), die zwischen dem 30. August – 20. September 2022 durchgeführt wurde. Die Umfrage wurde vom Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats (CoE-Kongress) und dem Verband der ukrainischen Städte in Auftrag gegeben. Die Stichprobe umfasste 241 Gemeinden, was 17 Prozent aller Hromadas in der

Ukraine entspricht. Die Ergebnisse der Umfrage spiegeln vor allem die Praktiken und Einstellungen von Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohner:innen wider (sowohl städtischen als auch ländlichen Typs), wozu 86 Prozent aller untersuchten Gemeinden gehören. Von diesen befanden sich 192 außerhalb von Kampfgebieten, 12 waren zum Zeitpunkt der Befragung von der russischen Besatzung befreit worden. Zusätzlich zur quantitativen Umfrage wurden sieben qualitative Interviews und zwei Fokusgruppen mit öffentlichen Bediensteten aus städtischen und ländlichen Gemeinden, auf lokaler und regionaler Ebene und in Gemeinden mit unterschiedlicher Sicherheitslage (außer besetzten Gemeinden), geführt.

Lokale Behörden als Akteure der demokratischen Resilienz

Der konventionelle Ansatz zur Beurteilung der Widerstandsfähigkeit eines Landes gegen einen militärischen Angriff von außen sowie mangelndes Wissen über die Ukraine hat – fälschlicherweise – viele Expert:innen und Politiker:innen dazu verleitet, die militärische Niederlage bzw. den Staatszerfall der Ukraine innerhalb weniger Tage nach Beginn des russischen Angriffskrieg vorherzusagen. Der konventionelle Ansatz beschränkt die Analyse der Widerstandsfähigkeit eines Staates auf militärische Faktoren wie die Anzahl der Soldat:innen und militärische Ausrüstung. Entgegen vielen Erwartungen haben jedoch nicht nur die quantitativ und qualitativ unterlegenen Streitkräfte der Ukraine effektiv gekämpft, sondern auch die Gemeinden und ihre lokalen Behörden haben sich aktiv gegen die Invasion zur Wehr gesetzt, indem sie die mit der russischen Invasion verbundenen Krisen bewältigten. Dabei haben sie eine demokratische Resilienz bewiesen, die von demokratischen Mechanismen der Kommunikation und der Zusammenarbeit mit der Gesellschaft unterstützt wurde. Diese Resilienz hat auch dazu beigetragen, dass die Ukraine trotz der großangelegten Invasion ihre Staatlichkeit aufrechterhalten konnte.

In unserer Stichprobe von Kommunalverwaltungen in 241 Hromadas hielten zwei Drittel ihren normalen Betrieb trotz der umfassenden Invasion aufrecht. 28 Prozent haben ihren Betrieb nie eingestellt, und 43 Prozent kehrten innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der großangelegten Invasion bzw. ihrer Befreiung durch die ukrainische Armee zum normalen Betrieb zurück. Darüber hinaus berichteten zwei der 12 befreiten Gemeinden in unserer Stichprobe, dass sie ihre Tätigkeit nie eingestellt haben, was bedeutet, dass die lokalen Behörden auch während der Besetzung funktionsfähig waren. Dies bezieht sich nur auf die Exekutivfunktionen und betrifft die Bereitstellung von humanitärer Hilfe oder die Organisation von Evakuierungen.

Alle Gemeinden außerhalb der Kampfzone und diejenigen, die befreit wurden, bieten Verwaltungsdienste an, und die meisten (72 Prozent) erbringen alle Dienstleistungen. Die Dienstleistungen werden offline über die administrativen Dienstleistungszentren und ihre Zweigstellen sowie über die zentrale staatliche E-Services-App »Diiia« erbracht. Trotz weitflächiger Zerstörungen vor allem in Frontgebieten bieten die Hromadas weiterhin soziale Dienstleistungen an. Im Bildungsbereich zum Beispiel waren nach Angaben des KSE-Instituts bis zum 1. September mindestens 1.270 Schulen und 786 Kindergärten zerstört oder beschädigt. Dennoch begannen 12.924 Schulen ihr Schuljahr zum 1. September 2022, 60 Prozent davon mit Präsenzunterricht, während der Rest online ging, so ein Bericht des ukrainischen Bildungsministeriums.

Nach einem konventionellen Sicherheitsverständnis stellt ein größerer Entscheidungsspielraum der Exekutive eine natürliche Reaktion eines sich im Krieg befindenden Staates dar, da man davon ausgeht, dass dies seine Handlungsfähigkeit verbessert. Im Gegensatz dazu zeigen die Umfrageergebnisse, dass die Selbstverwaltungen bei der Bewältigung der kriegsbedingten Krisen ihre Entscheidungen in kollegialen Gremien (Exekutivausschuss und Hromada-Rat) fällen, was ihre Entscheidungsfindung legitimiert. Die meisten Hromadas halten ihre Ratssitzungen in Präsenz ab oder haben Regelungen für die hybride Teilnahme für Ratsmitglieder etabliert, die an der Front kämpfen.

Eine Meinungsumfrage der Ilko-Kutscheriw-Stiftung für Demokratische Initiativen (DIF), die im gleichen Zeitraum wie unsere Befragung durchgeführt wurde, deutet darauf hin, dass die Bürger:innen die Bemühungen der kommunalen Selbstverwaltungsbehörden registrieren. Hinter den staatlichen Institutionen, die für die Landesverteidigung und Sicherheit zuständig sind, genießen die Kommunalbehörden das größte Vertrauen der ukrainischen Öffentlichkeit: 63 Prozent der Ukrainer:innen vertrauen den Bürgermeister:innen und 60 Prozent den Räten, so die repräsentative DIF-Umfrage von September 2022. Ein solch hohes öffentliches Vertrauen zeigt, dass die Öffentlichkeit das Engagement der Kommunalverwaltungen für ihre Gemeinden und ihre Aufgaben als Vertreter der Gemeinschaft und Erbringer öffentlicher Dienstleistungen anerkennt. Dieses Vertrauen ist wiederum entscheidend für die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts angesichts der russischen Invasion.

»Kooperative Regierungsführung« als Reaktion auf kriegsbedingte Krisen

Die Verwaltungspraktiken der ukrainischen Kommunalbehörden stellen die gängigen Vorstellungen von den Beziehungen zwischen Bürger:innen und Staat in Ländern im Krieg in Frage. Demnach beschränkt sich die Rolle der Zivi-

list:innen auf die von (potenziellen) Opfern, die geschützt werden müssen. Obwohl der Schutz nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist, neigen die ukrainischen Selbstverwaltungen dazu, bei der Lösung von kriegsbedingten Krisen mit nichtstaatlichen Akteuren zusammenzuarbeiten. Die Selbstverwaltungsbehörden behandeln daher zivilgesellschaftliche Akteur:innen als potenzielle Partner:innen und erheben ihre Rolle von bloßen Subjekten oder Serviceempfänger zu aktiven Akteur:innen.

Viele ukrainische Kommunalverwaltungen praktizieren eine *kooperative Regierungsführung*. Darunter versteht man einen netzwerkbasierten Regierungsmodus, welcher anderen Akteuren wie Unternehmen, NGOs, Interessengruppen etc. ermöglicht, mit Ressourcen und (lokalem) Wissen zu Lösungen beizutragen. Dazu gehört auch die Nutzung von nationalen und internationalen Peer-Netzwerken, um knappe Ressourcen zu finden, Informationen zu verbreiten und voneinander zu lernen, wie man sich in einer Krise anpassen kann. Viele Kommunen haben bereits vor der großen Invasion Elemente der kooperativen Regierungsführung eingeführt. Die ukrainischen Städte Ternopil, Winnyzja und Chmelnyzkyj erhielten beispielsweise weltweite Anerkennung für ihre Initiativen zum öffentlichen Engagement und wurden 2021 mit dem OGP Local Award ausgezeichnet.

Bereits etablierte partizipatorische Praktiken erleichterten wahrscheinlich die Zusammenarbeit mit verschiedenen Interessengruppen bei der Bewältigung der kriegsbedingten Krisen. Fast jede zweite befragte Kommunalverwaltung bezeichnete öffentliche Anhörungen und Konsultationen als »sehr hilfreich«. Für ein Drittel ist ein sog. Beteiligungshaushalt hilfreich – auch wenn 2022 keine Hromada einen neuen Beteiligungshaushalt auflegte. Darüber hinaus haben einige Hromadas ihre bereits bestehenden Mechanismen für die Beteiligung der Öffentlichkeit an die kriegsbedingten Herausforderungen angepasst. So begannen beispielsweise der Jugendrat von Ternopil und das Zentrum für soziale Dienste »Rodynne Kolo« (»Familienkreis«) in der Hromada Biljajiwka bei Odesa, die humanitäre Hilfe zu koordinieren. Diese Ergebnisse zeigen, dass eine offene Kommunikation mit den Beteiligten von Vorteil ist, da sie Fähigkeiten vermittelt und eine Kultur der Zusammenarbeit fördert, die die humanitäre Nothilfe unterstützen kann.

Mit der flächendeckenden Invasion vertieften und erweiterten die ukrainischen Kommunalbehörden die kooperative Regierungsführung. Die meisten befreiten Gemeinden und Gemeinden außerhalb der Kampfzone (160 von 204 oder 78 Prozent) haben nach dem 24. Februar 2022 zusätzliche Initiativen zur Information und Einbindung der Öffentlichkeit ergriffen. Im Vergleich zu 2021 erkennen mehr Hromadas, dass öffentliches Engagement ihnen helfen kann, die Krisen und den Ressourcenmangel zu bewältigen (siehe Grafik 1 unten). Fast alle Befragten gaben die Koordinierung der Hilfen (92 Prozent) und die Versorgung gefährdeter sozialer Gruppen (91 Prozent) als Hauptziele ihres öffentlichen Engagements an.

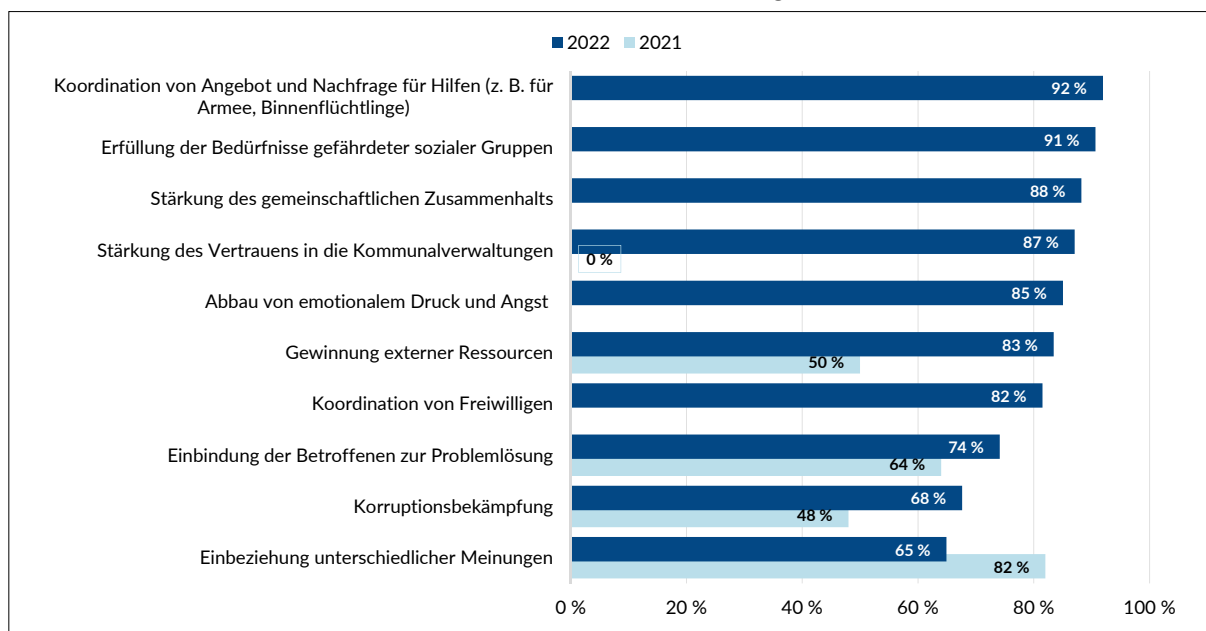
Darüber hinaus ist die Zahl der Behörden, die mit ihrem öffentlichen Engagement externe Ressourcen gewinnen wollten, deutlich gestiegen (+33 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021). Zum Beispiel organisierten mehrere Gemeinden außerhalb der Kampfgebiete Lebensmittel und Ausrüstung für von Kampfhandlungen und Okkupation betroffene Gemeinden, und die lokalen Behörden koordinierten diese Unterstützung.

Angesichts der hohen Sicherheitsbedrohung ist es naheliegend, dass sich die lokalen Behörden, sofern sie arbeiten können, auf die Erbringung grundlegender Dienstleistungen konzentrieren. Die ukrainischen kommunalen Selbstverwaltungen engagieren sich aber auch für ein funktionierendes Gemeinwesen und kümmern sich um die Beziehungen zu den Gemeindemitgliedern, wobei die Themen Vertrauen und Integrität besondere Berücksichtigung finden. Die Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung ist für die meisten befragten Behörden (87 Prozent) nach wie vor eines der Hauptziele für die Einführung von Initiativen zur Bürgerbeteiligung. Die kommunalen Selbstverwaltungen scheinen sich für den Zusammenhalt der Gemeinschaft verantwortlich zu fühlen (88 Prozent) sowie für Aspekte des Wohlbefindens der Bevölkerung, wie die Verringerung von emotionalem Druck (85 Prozent).

Die Korruptionsbekämpfung scheint eine geringere Priorität zu haben. Allerdings ist der Wert im Vergleich zur Basiserhebung von 2021 deutlich gestiegen: von 47 Prozent im Jahr 2021 auf 68 Prozent im Jahr 2022. Dies ist umso bemerkenswerter, als durch das Kriegsrecht viele Anforderungen an Rechenschaftspflichten und Transparenz aufgehoben wurden. In Mykolajiw und Charkiw nutzen die lokalen Behörden beispielsweise Customer-Relationship-Management-Programme (CRM), um die humanitäre Hilfe zu verfolgen und Missbrauch zu verhindern.

Viele Hromadas beziehen die Öffentlichkeit in die Lösung kritischer Probleme mit ein, zum Beispiel bei der Versorgung der Binnengeflüchteten mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs (51 Prozent) und der Unterbringung (23 Prozent), gefolgt von der Versorgung der Einwohner:innen mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs (13 Prozent) (die Befragten konnten nur eine Option auswählen). Auf die Frage nach der Einbindung von Interessengruppen in die Lösung der oben genannten kritischen Probleme gaben mehr Gemeinden als im Jahr 2021 an, Interessengruppen auf verschiedenen Ebenen einzubeziehen (siehe Grafik 2 und Tabelle 1 unten).

Die Kommunalbehörden scheinen den praktischen Nutzen einer Partnerschaft mit Interessengruppen bei der Umsetzung von Lösungen für kriegsbedingte Probleme zu schätzen. Mehr Kommunen als im Jahr 2021 geben an, Interessen-

Grafik 1: Der Zweck von Initiativen, die Öffentlichkeit über den Krieg zu informieren und zu mobilisieren (in %)

Frage: Zu welchem Zweck hat die Kommunalverwaltung Ihrer Gemeinde nach dem 24.02.2022 Initiativen zur Information und/oder Beteiligung von Bürgern oder Unternehmen eingeführt? Wählen Sie, was ein der Haupt- oder der Nebenzweck war oder nicht relevant war. Die Abbildung zeigt nur »Hauptzweck«-Antworten.

gruppen als Ausführende oder zur Koordination in die Umsetzung politischer Entscheidungen einzubeziehen (bis zu +30 Prozent, je nach Interessengruppe), wobei Unternehmer:innen (+30 Prozent) und Einwohner:innen (+27 Prozent) den größten Zuwachs verzeichnen. Mehr Kommunalbehörden geben auch an, dass sie für ihre Entscheidungsfindung Feedback von Unternehmer:innen einholen, gefolgt von Bürger:innen und NGOs (bis zu +25 Prozentpunkte, je nach Interessengruppe). Dies deutet darauf hin, dass mehr Kommunen externe Stakeholder als Quelle hilfreicher Informationen oder Ressourcen wahrnehmen, was eine Grundlage für zukünftige kooperative Regierungsführung schafft.

Schlussfolgerung

Die lokalen Behörden in der Ukraine bilden angesichts der großangelegten russischen Invasion das Rückgrat der demokratischen Resilienz. Durch die kontinuierliche Arbeit der kommunalen Behörden unter großem Sicherheitsrisiko konnten die öffentlichen Dienstleistungen für die Bürger:innen bedarfsgerecht erbracht werden. Sie wurden zu legitimen Zentren für die Bewältigung von Herausforderungen und die Koordinierung von Ressourcen im Einklang mit dem lokalen Kontext. Darüber hinaus gab es nur sehr wenige Kollaborationsfälle unter den Gemeindevorsteher:innen. Beides weist auf die nachhaltige Bedeutung der Dezentralisierungsreform hin, die die politische Autorität und die Steuerautonomie der Gemeinden gestärkt und die Effizienz erhöht hat.

Das Beispiel der Ukraine zeigt die Mechanismen der demokratischen Resilienz, die auf Bürgerbeteiligung und kooperative Regierungsführung zurückgreift. Der Beitrag der kommunalen Selbstverwaltungen zur Resilienz der Ukraine stellt das herkömmliche, auf rein militärische Aspekte bedachte Sicherheitsdenken, in Frage. Stattdessen unterstreichen die Ergebnisse die Bedeutung einer kooperativen Regierungsführung für die Bewältigung von komplexen Krisen. Zu den neuen Denkansätzen für die nationale Sicherheit gehören (stärker horizontale) netzwerkbasiertere, anstatt vertikaler hierarchiebasierter Beziehungen zwischen Bürger:innen und Staat sowie eine partnerschaftsorientierte statt einer kundenorientierten Philosophie.

Mit Blick auf die Zukunft sind die lokalen Behörden in der Ukraine fähige Partner für nationale Behörden und internationale Akteure im Wiederaufbauprozess. Die internationale Gemeinschaft, z. B. die OECD, betont die Bedeutung einer transparenten und rechenschaftspflichtigen Verwendung der Wiederaufbaumittel für die Infrastruktur. Die lokalen Behörden verfügen über die Instrumente, um die Bedürfnisse ihrer Einwohner:innen zu ermitteln und aufgrund ihrer Nähe zu den Bürger:innen sind sie auch gut in der Lage, von der aktiven ukrainischen Zivilgesellschaft zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Schließlich machen diese Ergebnisse deutlich, dass selbst die beeindruckendsten Beispiele von zivilgesellschaftlicher Mobilisierung Institutionen erfordern, die dieses Engagement erleichtern und kanalisieren, um die Anstrengun-

gen zu verstärken. Die Dezentralisierungsreform schuf einerseits Anreize und Opportunitäten für die lokalen Behörden, ihre Bürger:innen einzubeziehen, und andererseits günstige Bedingungen für die Bürger:innen, um die lokale Umverteilung der öffentlichen Ressourcen zu beeinflussen. Aus diesem Grund ist die nachhaltige Unterstützung und Stärkung der Dezentralisierung in der Ukraine von entscheidender Bedeutung, insbesondere unter Kriegsbedingungen und für den künftigen Wiederaufbau nach dem Krieg.

Bei diesem Text handelt es sich um eine übersetzte und gekürzte Fassung des Artikels »National Security in Local Hands? How Local Authorities Contribute to Ukraine's Resilience.«, veröffentlicht am 25. Januar 2023 als PONAR Eurasia Policy Memo 825, <https://www.ponarseurasia.org/national-security-in-local-hands-how-local-authorities-contribute-to-ukraines-resilience/>.

Über die Autorinnen:

Dr. *Oleksandra Keudel* ist Dozentin (Assistant Professor) an der Kyiv School of Economics. Sie forscht zur partizipativen Demokratie, Anti-Korruption, Wirtschaftspolitik und lokalen Selbstverwaltung in der Ukraine. Sie hat an der Freien Universität Berlin promoviert und Forschungsaufenthalte an der George Washington University und der New York University absolviert. Sie ist auch als Beraterin für internationale Organisationen wie UNESCO und den Europarat tätig. Sie ist Autorin des Buches »How Patronal Networks Shape Opportunities for Local Citizen Participation in a Hybrid Regime. A Comparative Analysis of Five Cities in Ukraine«.

Dr. *Oksana Huss* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt BIT-ACT der Universität Bologna und Dozentin am Forschungs- und Bildungszentrum für Korruptionsbekämpfung in der Ukraine (ACREC). In ihrer Forschung konzentriert sie sich schwerpunktmäßig auf (Anti-)Korruption und Open Government, sowie digitale Technologien und lokale Selbstverwaltung. Oksana Huss hat am Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen promoviert und mehrere Forschungsstipendien in Kanada, Frankreich, den Niederlanden und Schweden absolviert. Sie war als Beraterin für europäische und internationale Organisationen wie den Europarat, die EU, die UNESCO und das UNODC tätig. Darüber hinaus ist Oksana Huss Mitbegründerin eines Interdisziplinären Korruptionsforschungsnetzwerks (ICRNetwork) und Autorin des Buches »How Corruption and Anti-Corruption Policies Sustain Hybrid Regimes: Strategies of Political Domination under Ukraine's Presidents in 1994-2014«.

Lesetipps:

- Darkovich, Andrii (2023). A year of experience: Governance processes and the territorial communities' (hromadas') resilience to wartime challenges. [Vox:Ukraine](#).
- Huss, O. (2022). What Makes Ukraine Resilient in the Asymmetric War? [KHK/GCR21, 4\(1\)](#).
- Huss, O., & Keudel, O. (2023). Survey on the needs and priorities of local authorities in Ukraine: The provision of services in times of war and post-war recovery. Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe.
- Romanova, V. (2022). Ukraine's resilience to Russia's military invasion in the context of the decentralisation reform. [Stefan Batory Foundation](#).

Grafik 2: Engagement der Stakeholder bei der Lösung kritischer Probleme nach Beteiligungsgrad (in %)

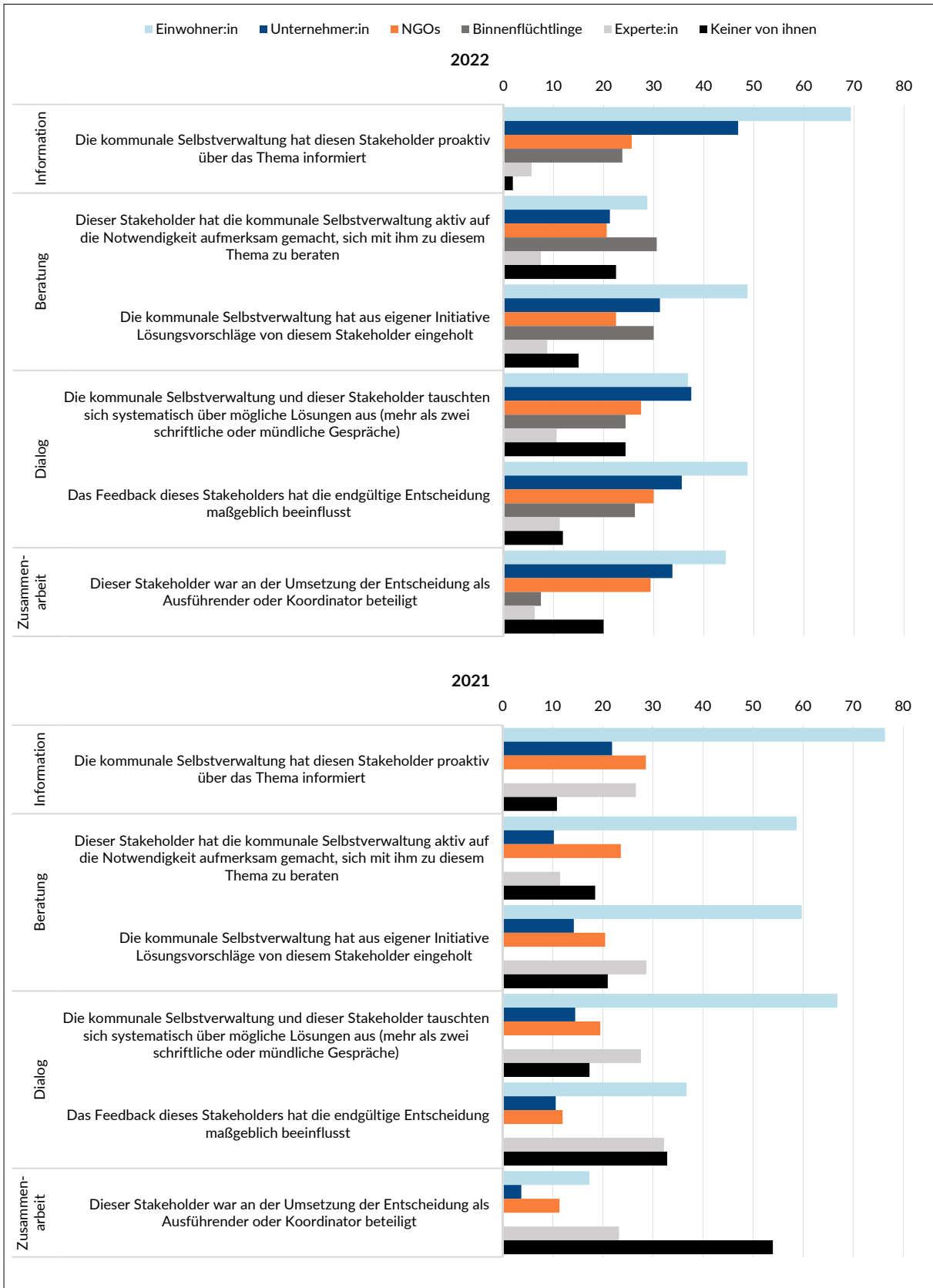


Tabelle 1: Engagement der Stakeholder bei der Lösung kritischer Probleme nach Beteiligungsgrad

2022		Einwohner:in	Unternehmer:in	NGOs	Binnenflüchtlinge	Experte:in	Keiner von ihnen
Information	Die kommunale Selbstverwaltung hat diesen Stakeholder proaktiv über das Thema informiert	69	47	26	24	6	2
Beratung	Dieser Stakeholder hat die kommunale Selbstverwaltung aktiv auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, sich mit ihm zu diesem Thema zu beraten	29	21	21	31	8	23
	Die kommunale Selbstverwaltung hat aus eigener Initiative Lösungsvorschläge von diesem Stakeholder eingeholt	49	31	23	30	9	15
Dialog	Die kommunale Selbstverwaltung und dieser Stakeholder tauschten sich systematisch über mögliche Lösungen aus (mehr als zwei schriftliche oder mündliche Gespräche)	37	38	28	24	11	24
	Das Feedback dieses Stakeholders hat die endgültige Entscheidung maßgeblich beeinflusst	49	36	30	26	11	12
Zusammenarbeit	Dieser Stakeholder war an der Umsetzung der Entscheidung als Ausführer oder Koordinator beteiligt	44	34	29	8	6	20
Differenz der Ergebnisse von 2022 zu denen von 2021		Einwohner:in	Unternehmer:in	NGOs	Binnenflüchtlinge	Experte:in	Keiner von ihnen
Information	Die kommunale Selbstverwaltung hat diesen Stakeholder proaktiv über das Thema informiert	-7	25	-3	-	-21	-9
Beratung	Dieser Stakeholder hat die kommunale Selbstverwaltung aktiv auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, sich mit ihm zu diesem Thema zu beraten	-30	11	-3	-	-4	4
	Die kommunale Selbstverwaltung hat aus eigener Initiative Lösungsvorschläge von diesem Stakeholder eingeholt	-11	17	2	-	-20	-6
Dialog	Die kommunale Selbstverwaltung und dieser Stakeholder tauschten sich systematisch über mögliche Lösungen aus (mehr als zwei schriftliche oder mündliche Gespräche)	-30	23	8	-	-17	7
	Das Feedback dieses Stakeholders hat die endgültige Entscheidung maßgeblich beeinflusst	12	25	18	-	-21	-21
Zusammenarbeit	Dieser Stakeholder war an der Umsetzung der Entscheidung als Ausführer oder Koordinator beteiligt	27	30	18	-	-17	-34

Anmerkung zu Grafik 2 und Tabelle 1: n = 160 (befreite Gemeinden und Gemeinden außerhalb der Kampfgebiete, die bestätigten, dass sie Initiativen zur Information und Beteiligung der Öffentlichkeit durchführen). Die Formen der Beteiligung sind nach dem Grad der Bürgerbeteiligung gemäß dem Kongress des Europarats gruppiert. Die Zahlen im Tabellenteil »Differenz der Ergebnisse von 2022 zu denen von 2021« zeigen die Veränderung in Prozentpunkten (p.p.) im Vergleich zur Basiserhebung von 2021 (in der Erhebung von 2021 gab es die Kategorie »Binnenflüchtlinge« nicht). Blau unterlegte Tabellenzellen kennzeichnen die wichtigsten Veränderungen. Frage: Geben Sie an, welche Akteure wie an der Lösung des Problems beteiligt waren, das Sie in der vorherigen Frage genannt haben? Es konnten mehrere Akteure ausgewählt werden.

CHRONIK

19. April – 03. Mai 2023

19.04.2023	Bei einem nächtlichen Luftangriff auf Odesa mit russischen Kamikazedrohnen schießt die ukrainische Verteidigung zehn von zwölf Drohnen ab. In Bachmut soll das russische Militär weiter vorgerückt sein. Der Befehlshaber der ukrainischen Landstreitkräfte Oleksandr Syrskij gibt an, dass die ukrainische Armee Teile der Stadt halten konnte und die feindlichen Truppen teilweise zurückgedrängt habe.
19.04.2023	Russlands Präsident Wladimir Putin besucht laut dem Institute for the Study of War (ISW) die besetzten Gebiete Luhansk und Cherson. Der Kreml gibt an, dass Putin am 18. April das russische Hauptquartier der Militärvereinigung »Dnjepr« in der von Russland besetzten Region Cherson, sowie das Hauptquartier der Nationalgarde in der ebenfalls russisch besetzten Region Luhansk besucht habe.
19.04.2023	Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagt, dass die NATO trotz der russischen Atom-Drohungen die Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen die russische Invasion weiter unterstützen werde. Unterdessen wurde bekannt, dass weitere Waffenlieferungen in der Ukraine eingetroffen seien. Hierunter das zweite von insgesamt vier zugesagten IRIS-T Luftverteidigungssystemen aus Deutschland. Außerdem sei eine Lieferung von Patriot-Luftabwehrsystemen aus den USA, Deutschland und den Niederlanden in der Ukraine eingetroffen.
19.04.2023	Der ukrainische Generalstab erläutert die zusätzliche Kampfzulage des Gehalts für Soldat:innen. Dem war eine Entscheidung in der Werchowna-Rada vorausgegangen, die eine zusätzliche Kampfzulage in Höhe von 30.000 Hrywnja (ca. 750 Euro) für Soldat:innen, die nicht im aktiven Kampfeinsatz sind, wiederherstelle. Der Generalstab bat die Debatte sachlich zu führen, damit die soziale Einheit in der Truppe nicht gefährdet würde. Der Grundlohn von Soldat:innen, die nicht im Kampfeinsatz sind, beträgt 20.100 Hrywnja (ca. 500 Euro), 30.000 Hrywnja erhalten Soldat:innen im normalen Kampfeinsatz und bis zu 100.000 Hrywnja (ca. 2.500 Euro) bekommen Soldat:innen, die direkt an der Front kämpfen.
19.04.2023	Laut einer Sprecherin des Weißen Hauses soll im Laufe des Tages ein weiteres Militärhilfepaket der USA bekannt gegeben werden. Nach Angaben der Sprecherin enthalte es zusätzliche Munition für HIMARS-Raketensysteme und panzerbrechende Systeme.
20.04.2023	Die Unterstützerstaaten der Ukraine haben weitere Maßnahmen ergriffen, um der Ukraine zu ermöglichen Russlands Angriff abzuwehren: Dänemark und die Niederlande wollen 14 Panzer des Typs Leopard-2 an die Ukraine liefern. Estlands Verteidigungsminister Hanno Pevkur kündigt an, zur Unterstützung der Ukraine eine Million Schuss Artilleriemunition sowie 155-mm Granaten zu liefern. Der slowenische Verteidigungsminister Marjan Šarec kündigt an, das Abkommen mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) zur gemeinsamen Munitionsbeschaffung für die Ukraine unterzeichnen zu wollen.
20.04.2023	Im Vorfeld des Ramstein-Treffens der Unterstützerstaaten für die Ukraine formuliert der Sprecher der Luftwaffe Oberst Jurij Ihnat seine Bitte an die Unterstützerstaaten. Er sagt, dass die Ukraine insbesondere Raketen benötige, da die Vorräte im Winter durch massiven russischen Beschuss stark dezimiert wurden.
20.04.2023	Die russischen Truppen führen Offensivoperationen in den Richtungen Lyman, Bachmut, Awdjiwka, Marjinka und Schachtarsk durch. Dabei haben die Ukrainer:innen mehr als 40 Angriffe abgewehrt.
20.04.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt, dass er eine Einladung seines Landes zum Beitritt zur NATO auf dem NATO-Gipfel in Vilnius im Sommer erwarte.
21.04.2023	Die ukrainische Luftabwehr soll etwa acht russische Drohnen im Anflug auf Kyjiw abgeschossen haben. Am Abend werden mehrere Explosionen bei Saporischschja gemeldet.
21.04.2023	Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik der EU Joseph Borrell gibt gegenüber einer ukrainischen Zeitung an, dass in der EU bereits 16.000 ukrainische Soldat:innen ausgebildet wurden. Auf dem Ramstein-Treffen ergänzt Borrell, dass die EU bereits Munition und Raketen im Wert von über 600 Millionen Euro geliefert habe. Man arbeite an der gemeinsamen Beschaffung weiter, um »den Sieg der Ukraine zu sichern.«
21.04.2023	Der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bestätigt im Anschluss an das 11. Treffen der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine auf dem US-Stützpunkt Ramstein in Deutschland, dass die Ausbildung für ukrainische Soldat:innen an Abrams-Panzern in wenigen Wochen in Deutschland starten würde.
21.04.2023	Das ukrainische Ministerkabinett erlässt ein Gesetz, was Schulden für Versorgungsleistungen bei Binnenvertriebenen, die aus besetzten Gebieten geflohen sind, verbietet. Dies teilt Premierminister Denys Schmyhal auf einer Regierungssitzung mit.
21. 04.2023	Die lettische Verteidigungsministerin Inara Murnicie gibt auf einer Sitzung der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine die Entscheidung ihres Landes bekannt, alle verfügbaren Stinger-Luftabwehrsysteme an die Ukraine zu übergeben.

22.04.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz »Über die Verurteilung und das Verbot der Propaganda der russischen imperialen Politik in der Ukraine und die Dekolonisierung von Ortsnamen.« Das Gesetz soll ermöglichen u. a. Flur- und Ortsnamen sowie Denkmäler für Personen, die »zur Russifizierung oder Ukrainophobie« beitragen würden, umzubenennen. Das Gesetz zielt gegen die imperiale Politik Russlands.
22.04.2023	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow zeigt sich zufrieden mit den Ergebnissen der Kontaktgruppe im Ramstein-Format. Er sagt, dass Russland näher an ein »Nürnberg II« herangerückt sei.
23.04.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba äußert sich in der Zeitung »Die Welt« zu den Befürwortern eines Verhandlungsfriedens und schreibt, dass sich die Ukraine nichts sehnlicher wünsche als Frieden. Jedoch müsse berücksichtigt werden, dass Russland kein Interesse an einem echten Frieden habe. Er verweist darauf, dass Russland nach wie vor ukrainische Städte und Dörfer bombardiere. Ferner gibt er an, dass die ukrainische Seite vorliegende Friedensvorschläge prüfe und jede Initiative begrüße, die die territoriale Integrität der Ukraine, die Grundsätze der UN-Charta und die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung respektiere.
23.04.2023	Nach Aussagen des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte soll es im russisch besetzten Stanyzja Luhanska zu einer Schießerei zwischen russischen Truppen und Söldnern der Wagner-Gruppe gekommen sein. Auf beiden Seiten soll es Verletzte gegeben haben.
23.04.2023	Der Sprecher der ukrainischen Luftwaffe Jurij Ihnat gibt an, dass das erste Patriot-Flugabwehrsystem in der Ukraine im Einsatz sei. Weitere Patriot-Systeme seien auf dem Weg zu ihren Positionen.
24.04.2023	Der US-Think Tank Institute for the Study of War (ISW) schätzt die Abwehrfähigkeit der russischen Armee für die Gegenoffensive der Ukraine als beschränkt ein. Die russischen Truppen seien erschöpft und desorganisiert – Russland müsse erhebliche Reserven mobilisieren, da die Truppen bereits stark dezimiert seien.
24.04.2023	Der CEO des staatlichen Unternehmens Naftohas, Oleksij Tschernyschow, gibt an, dass das Unternehmen mit den amerikanischen Ölkonzernen ExxonMobil, Halliburton und Chevron über Energieprojekte, insbesondere Gasförderung in der Ukraine, gesprochen habe. Das Ziel sei es durch gezielte Förderung von Schiefergas in den Regionen Charkiw, Poltawa und Transkarpatien die europäische Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Naftohas hoffe aufgrund der US-amerikanischen Kooperation und deren Erfahrungen mit Schiefergasbohrungen seine Gasfördermengen in absehbarer Zeit zu steigern.
24.04.2023	Der EU-Rat und die Ukraine beschließen in einer Erklärung Handelserleichterungen: »Der EU-Rat hat heute beschlossen, vertragliche Beziehungen mit der Ukraine im Rahmen des Haager Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- und Handelssachen aufzunehmen.« Das Übereinkommen über die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag, der die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, Urteile in Zivil- oder Handelssachen in anderen Vertragsstaaten anzuerkennen und zu vollstrecken. Man verspricht sich mit der Unterzeichnung eine Erleichterung des internationalen Handels.
24.04.2023	Nach kritisierten Äußerungen des chinesischen Botschafters Lu Shae in Paris betont die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, dass China die Souveränität aller nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen Staaten respektiere und anerkenne. Sie wollte damit Irritationen ausräumen, die die Äußerung Lu Shaes verursacht hatten. Der chinesische Botschafter in Frankreich hatte gesagt, dass die Ex-Sowjetrepubliken keinen effektiven Status im internationalen Recht hätten – dies wurde als eine Anzweiflung der Souveränität dieser Staaten aufgefasst.
25.04.2023	Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen gibt via Twitter bekannt, dass die EU-Staaten ein weiteres Finanzpaket zur Makrofinanzierung der Ukraine in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen werden.
25.04.2023	Das Ministerkabinett der Ukraine beschließt, dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat Vorschläge zur Verhängung von Sanktionen gegen den Iran zu unterbreiten. Die Sanktionen sehen eine Laufzeit von 50 Jahren vor und betreffen u. a. den Abzug von in der Ukraine gelagerten Vermögenwerten sowie ein Verbot von Investitionen in den Iran.
26.04.2023	Einem Bericht des britischen Verteidigungsministeriums zufolge kommt es insbesondere in der Nähe von Bachmut weiterhin zu heftigen Kämpfen zwischen der ukrainischen und der russischen Armee.
26.04.2023	Das erste Mal seit Beginn der großangelegten Invasion der Ukraine durch Russland im Februar 2022 telefonieren der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und sein chinesischer Kollege Xi Jinping miteinander. Dies teilt Präsident Selenskyj via Twitter mit. Ferner sagt er, dass er glaube, dass dieses Telefonat sowie die Ernennung des neuen ukrainischen Botschafters in China der Entwicklung der bilateralen Beziehungen beider Länder einen starken Impuls verleihen werde.

26.04.2023	Laut einem Bericht von Opendatabot auf Grundlage der Daten des ukrainischen Rentenfonds ist die Anzahl der Rentner:innen, welche monatlich weniger als 3.000 Hrywnja (ca. 74 Euro) beziehen von 39 Prozent auf 30 Prozent gesunken. Der Anteil der Rentner:innen, die Zahlungen von mehr als 10.000 Hrywnja (ca. 248 Euro) erhalten, stieg von 7 Prozent auf 10 Prozent.
26.04.2023	Das vom Staatlichen Eigentumsfonds verwaltete Unternehmen Zentrenerho hat das erste Mal in seiner Geschichte mit dem Export von Strom ins Ausland begonnen. Der erste Käufer ukrainischen Stroms ist die Republik Moldau.
27.04.2023	Der Parlamentarische Rat des Europarates hat die Deportation und Zwangsverbringung von ukrainischen Kindern auf russisches Staatsterritorium als Völkermord nach Artikel 2 der Völkermordkonvention von 1948 anerkannt.
27.04.2023	Der Regionalrat von Schytomyr verbietet die Tätigkeiten der Ukrainisch-Orthodoxen-Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK) in der Region, da diese Kirche in einem Unterordnungsverhältnis zum Moskauer Patriarchat stünde. Der Moskauer Patriarch Kyrill äußerte mehrfach offene Unterstützung für den russischen Überfall auf die Ukraine. Der Regionalrat von Schytomyr gab an, dass das Grundstück und das Kloster, was die UOK bisher nutzte, nun in kommunalen Besitz übergehe.
27.04.2023	Bei einem gemeinsamen Briefing mit dem luxemburgischen Premierminister am Donnerstag fasst NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Militärhilfen für die Ukraine zusammen. Mehr als 1.550 gepanzerte Fahrzeuge, 230 Panzer und andere Ausrüstungsgegenstände, sowie große Mengen an Munition wurden der Ukraine bisher zugesagt. Ferner führt Stoltenberg an, dass bereits neun Panzerbrigaden von den ukrainischen Partnern ausgebildet und ausgerüstet worden seien. Dies, so Stoltenberg, sollte die Ukraine dazu befähigen, weitere besetzte Gebiete zu befreien.
27.04.2023	Nach Angaben eines Berichts des britischen Verteidigungsministeriums haben die russischen Besatzertruppen im März am AKW Saporischschja an mehreren Reaktorblöcken Verteidigungspositionen eingerichtet. Direkte katastrophale Schäden an den Reaktoren seien laut dem Verteidigungsministerium bei den wahrscheinlichsten Szenarien, die den Einsatz von Kleinwaffen umfassen, eher unwahrscheinlich, da das AKW sehr gut befestigt sei.
28.04.2023	Das Institute for the Study of War (ISW) berichtet, dass das russische Militärkommando offensichtlich die Führung seiner Kommando- und Kontrollorgane in den Bereichen Logistik und Nachschub umbesetzt habe. Der Bericht stützt sich auf prominente russische Militärblogger, die berichten, dass Generaloberst Alexej Kusmenkow den bisher zuständigen Generaloberst Michail Mizinzew als Verantwortlichen für Logistik abgelöst haben soll.
28.04.2023	Wolodymyr Kudryzkij, CEO des staatlichen Stromkonzerns Ukrenerho, gibt in einer Fernsehsendung an, dass es im Sommer zu einem Stromdefizit in der Ukraine kommen könnte. Ursächlich seien die Zerstörungen an Kraftwerken durch russischen Beschuss sowie die noch immer anhaltende Besetzung einiger ukrainischer Kraftwerke durch russische Truppen.
28.04.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba sagt bei einem gemeinsamen Briefing mit den nordischen Außenministern, dass man die ukrainische Gegenoffensive nicht als Entscheidungsschlacht betrachten solle. Die entscheidende Schlacht sei die, welche zur vollständigen Befreiung der Ukraine führen werde. Die Ukraine werde bis zum endgültigen Sieg kämpfen, so Kuleba.
28.04.2023	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow gibt bekannt, dass die französische Panzerartillerie vom Typ Caesar, welche Dänemark der Ukraine überlassen wollte, geliefert worden sei. Dänemark hatte 19 dieser französischen Systeme für die eigene Abwehr bestellt, aber im Januar beschlossen, alle bestellten Systeme an die Ukraine weiterzugeben.
28.04.2023	Der Leiter der Militärverwaltung in Tscherkassy Ihor Taburez teilt auf Telegram mit, dass eine russische Rakete ein Wohnhaus in Uman getroffen habe. Unter den Opfern gab es sieben Tote, darunter ein Kind. 17 weitere Personen wurden verletzt.
29.04.2023	Nachdem in einem am 4. August 2022 veröffentlichten Bericht von Amnesty International (AI) ukrainische Soldat:innen der Kriegsverbrechen beschuldigt wurden, hat eine unabhängige internationale Expert:innenkommission den Darstellungen des AI-Berichtes widersprochen. Der Bericht sei stellenweise mehrdeutig, ungenau und in einigen Aspekten rechtlich fragwürdig formuliert, heißt es in der Stellungnahme. Insbesondere die einleitenden Absätze seien problematisch gewesen, da sie suggerierten, dass die ukrainischen Streitkräfte auf einer systemischen Ebene gleichermaßen für den Tod von Zivilist:innen verantwortlich seien, wie die russische Armee.
29.04.2023	Innenminister Ihor Klymenko gibt auf Facebook bekannt, dass die Such- und Rettungsaktion nach dem russischen Beschuss eines Wohnhauses in Uman abgeschlossen sei. Insgesamt habe sich die Zahl der Toten im Vergleich zum Vortag auf 23 erhöht. Unter den Toten befinden sich laut Klymenko sechs Kinder bzw. Jugendliche, jeweils drei Jungen und drei Mädchen zwischen eineinhalb und 17 Jahren.

29.04.2023	In der russisch besetzten Stadt Sewastopol ist ein Öllager in Brand geraten. Nach Angaben des von Russland unrechtmäßig eingesetzten Gouverneurs Mychajlo Raswoschaew sei das Öllager durch eine Drohne in Brand gesteckt worden.
29.04.2023	Nachdem sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban über eine Äußerung von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg empörte, in welcher Stoltenberg angab, dass die Ukraine zukünftig NATO-Mitglied werden solle, meldet sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zu Wort. Selenskyj drückt seine Unverständnis gegenüber Orban aus, da es sich seiner Meinung nach ausschließe einerseits Verbündeter der NATO zu sein und gleichzeitig gegenüber dem Aggressorstaat Russland Sympathien zu zeigen.
29.04.2023	Der Sprecher der Ostgruppe der ukrainischen Streitkräfte um Bachmut Serhij Tscherewatyj sagt in einem Kommentar gegenüber der Online-Zeitung ZN.UA, dass es die russischen Truppen bisher nicht geschafft hätten, die »Straße des Lebens« zwischen Tschasiw Jar und Bachmut einzunehmen. Über diese Versorgungsstraße werden sowohl das Militär als auch die Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Waffen, sowie anderen wichtigen Gütern versorgt. Trotz anhaltenden Beschusses sei dieser Weg nach wie vor frei, so Tscherewatyj.
30.04.2023	Die Sprecherin der südlichen Verteidigungskräfte Natalija Humenjuk teilt mit, dass der Brand in einem Öllager am Vortag in der russisch besetzten Stadt Sewastopol eine Vorbereitung auf die erwartete Großoffensive sei.
30.04.2023	Der stellvertretende Energieminister Farid Safarow teilt im Fernsehen mit, dass die Ukraine 3,4 Milliarden US-Dollar für die Vorbereitung auf die nächste Heizperiode benötige. Er sagt ferner, dass diese Berechnung in Zusammenarbeit mit der Weltbank erstellt wurde und lediglich die Kosten für die Vorbereitung auf die nächste Heizperiode enthielte, nicht jedoch die Kosten für den Wiederaufbau durch von Russland zerstörte Stromleitungen und Infrastruktur – diese Kosten seien viel höher.
30.04.2023	Deutschland gibt auf der Website der Bundesregierung ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine bekannt. Es umfasst unter anderem acht Zetros-Lastwagen und ein Flugabwehrsystem IRIS-T.
30.04.2023	Der Bürgermeister von Charkiw Ihor Terechow sagt während eines Spendenmarathons, dass für den Wiederaufbau des durch die russische Aggression zerstörten Charkivs laut groben Schätzungen etwa 9,5 Millionen US-Dollar benötigt würden. Eine endgültige Zahl sei jedoch nicht ermittelbar, da die Zerstörung der Stadt weiter anhalte. Terechow gibt ferner an, dass sich dieser Betrag sowohl auf die Wiederherstellung von durch russischen Beschuss zerstörte Wohnhäuser, als auch Infrastruktur beziehe. Da die zweitgrößte Stadt der Ukraine diese Mittel nicht alleine aufbringen könne, sei man auf internationale Wiederaufbauhilfe angewiesen.
01.05.2023	Papst Franziskus erklärt gegenüber dem britischen Guardian, sich an einer Friedensmission zu beteiligen, um den »Konflikt« zwischen der Ukraine und Russland beizulegen. Darüber habe er bei seinem Besuch des ungarischen Premierminister Viktor Orban in Budapest gesprochen, so der Papst.
01.05.2023	Der ukrainische Energieminister Herman Haluschtschenko gibt an, dass durch russischen Beschuss die Verteilernetze in den Regionen Dnipro und Cherson stark beschädigt worden seien. Insgesamt seien in beiden Regionen ca. 18.000 Menschen zeitweise ohne Strom gewesen. Man arbeite rund um die Uhr daran, die Schäden zu reparieren.
01.05.2023	Laut dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte seien die Regionen rund um Bachmut und Marjinka das Epizentrum der aktuellen Kämpfe. Die ukrainischen Streitkräfte haben bis zu 30 Angriffe der russischen Armee in den Regionen Lyman, Bachmut, Awdjiwka und Marjinka zurückgeschlagen.
02.05.2023	Eine Quelle, die dem Präsidialamt der Ukraine nahestehen soll, soll sich CNN gegenüber geäußert haben, dass die Ukraine über eine angebliche Friedensmission von Papst Franziskus nichts wisse. Falls es Verhandlungen gegeben haben soll, so ohne ukrainische Zustimmung und Wissen.
02.05.2023	Laut dem Ministerium für Wiedereingliederung und dem Innenministerium wurde ein einheitliches Zentralregister für Vermisste eröffnet. Darin können Angehörige den vollständigen Name, Geburtsort und -datum, Familienstand, Wohnort, persönliche Merkmale sowie den Ort, die Umstände und den Zeitpunkt des Verschwindens eintragen. Nach Angaben des Innenministeriums sind seit Beginn der großangelegten Invasion etwa 23.000 Personen als vermisst gemeldet worden.
02.05.2023	Der Vorsitzende der Parlamentsfraktion der Partei Diener des Volkes, Davyd Arachamija sagt, dass das Parlament kürzlich ein Schreiben der ukrainischen Streitkräfte erhalten habe, welches auf die Probleme der Vergütung eingehe. Darin wird vorgeschlagen, das Vergütungssystem für Militärangehörige differenzierter und vor allem unter Einbeziehung der militärischen Führung und des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates weiterzuentwickeln. Anlass des Schreibens war eine Debatte um eine pauschale Zulage für Militärangehörige und andere Sicherheitskräfte i. H. v. 30.000 Hrywnja (knapp 750 Euro).

02.05.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba zeigt sich bei einem Interview mit dem Fernsehsender 1+1 überzeugt, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis sich die westlichen Verbündeten dazu entschließen würden, der Ukraine F-16 Kampffjets zu liefern. Er bedauert allerdings, dass diese Entscheidung zu Lasten der Ukraine gehe, da durch die Verzögerung eines solchen Entschlusses täglich Zivilist:innen und Soldat:innen sterben würden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den russischen Beschuss eines Wohnhauses in Uman, bei dem 23 Menschen ums Leben kamen, darunter sechs Kinder und Jugendliche.
02.05.2023	Der italienische Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident Antonio Tajani soll ukrainischen Medienangaben zufolge vorgeschlagen haben, die erste Etappe des Giro d'Italia 2024, dem nach der Tour de France zweitwichtigsten Radrennen der Welt, in der Ukraine auszutragen. Laut Tajani begreife Italien den Sport auch als außenpolitisches Mittel und der Giro d'Italia habe bereits in anderen Ländern Station gemacht. Italien unterstützt die Ukraine seit Beginn der Vollinvasion sowohl militärisch sowie wirtschaftlich durch die Unterstützung der EU-Sanktionen gegen Russland.
03.05.2023	In der Nacht auf den dritten Mai schießen die ukrainischen Verteidigungskräfte 21 der 26 russischen Angriffsdrohnen des Typs Shahed-136/131 aus iranischer Produktion ab, berichtet der Kommandeur der ukrainischen Luftstreitkräfte, Generalleutnant Mykola Oleschtschuk, via Telegram. Zur Luftverteidigung nutze die Ukraine auch das in Deutschland hergestellte IRIS-T-System, das laut Oleschtschuk seit Oktober bereits mehr als 60 russische Luftziele zerstört habe.
03.05.2023	Laut dem Index der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen ist die Ukraine trotz des Krieges in der Rangliste der Pressefreiheit von Platz 106 um 26 Plätze auf Platz 79 aufgestiegen. Durch Russlands Angriffskrieg wurden mehrere Journalist:innen getötet und die Sicherheit stelle das größte Problem dar. Dennoch gebe es aufgrund der ökonomischen Stabilisierung vieler Medien und des sinkenden Einflusses der Oligarchen auf die Medien eine positive Entwicklung in der Ukraine, so Reporter ohne Grenzen.
03.05.2023	Nachdem in der Nacht zwei Drohnen den Kreml in Moskau attackiert haben, aber keine größeren Schäden verursacht haben, beschuldigt Kreml-Sprecher Dmitri Peskow die Ukraine, hinter dem Angriff zu stehen. Mychajlo Podoljak, Berater des ukrainischen Präsidenten, weist die Anschuldigungen zurück.
03.05.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reist nach Finnland, um sich mit den nordischen Staaten über Sicherheitsthemen auszutauschen. Anschließend reist er weiter in die Niederlande, wo für den nächsten Tag eine Rede in Den Haag zum Thema Gerechtigkeit geplant sei. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag erlies jüngst einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Kinderbeauftragte der Russischen Föderation Maria Lwowa-Bełowa wegen ihrer Verantwortung für die massenhafte Entführung ukrainischer Kinder nach Russland.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Lars Fernkorn
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.